Nr. 390. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 9.— Mk., monatl. 3.— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3.— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6.25 Mk., für das übrige Ausland 10.25 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 8.25 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1.50 Mk. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 60 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 2. August 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Sowjet-Ungarns Ende.

Die so oft schon totgesagte Sowjetregierung Ungarns ist nun endgültig erledigt. Der heldenhafte Kampf, den die Rote Armee lange Zeit erfolgreich nach allen Fronten geführt hat, vermochte bei der vollkommenen inneren Zerrüttung durch die bolschewistische Bankrottherrschaft Bela Khuns den Bundesgenossen Rußlands nicht mehr zu retten.

Als in Budapest die Sowjetregierung proklamiert wurde, funkte Lenin aus Moskau seine brüderlichen Grüße und den feierlichen Eid, die ganze Waffenmacht Rußlands den Ungarn zur Verfügung zu stellen, um den Sieg der Weltrevolution vorzubereiten und durchzuführen. Die russische Hilfe blieb jedoch bis auf schöne Worte und Vertröstungen vollkommen aus. Indessen schloß sich der Ring der äußeren Feinde und der empörten Bevölkerung Ungarns und Budapests immer enger.

In den letzten Tagen gingen die Rumänen abermals zur Offensive vor. In raschem Fortschritt gelangten sie über die Theiß und bis fast vor die Tore von Budapest. Die Sowjetregierung Bela Khuns, die noch kurz vorher den Friedensvorschlag der Entente abgelehnt und den Widerstand bis zum äußersten proklamiert hatte, bot daraufhin den Rumänen Waffenstillstand an. Dieser wurde der Roten Armee jedoch verweigert. Nun gab es kein Halten mehr. Die Räteregierung ist zusammengebrochen.

Von unserem Korrespondenten aus Wien wird dazu noch gemeldet: Am Freitag vormittag fand in Budapest eine Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes statt, welche alle sozialdemokratischen Organisationen umfaßt. Es wurde darin die Lage der Räteregierung besprochen. Dabei wurde bekannt, daß einzelne Regimenter der Roten Armee ganz aufgelöst seien und es gingen Gerüchte, daß die ganze Rote Armee sich aufgelöst habe. Es wurde beschlossen, daß die Regierung zurückzutreten habe und gleichzeitig eine neue Regierung gebildet werde. Die neue Regierung besteht aus sozialistischen Gewerkschaftlern. An der Spitze steht als Ministerpräsident Julius Beidel. Das Kriegsministerium führt Haubrich, das des Innern Payer. Außerdem haben Garamy und Garbay Ministerportefeuilles. Der Zentralsowjet hat der Bildung der neuen Regierung zugestimmt.

Sowjet-Rußland ist nun vollkommen politisch isoliert. Und auch die Gerüchte von einer kommenden Räteregierung in Bulgarien werden die bolschewistischen Hoffnungen auf die Möglichkeit der Weltrevolution nicht besonders beleben können.

Zwangsarbeit für Agitation gegen die Sowjetregierung.

Budapest, 1. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Amtlich wird mitgeteilt: Der Budapester revolutionäre Gerichtshof verurteilte den Hockstädter Lehrer Hoppe zu 20 Jahren Zwangsarbeit, weil er unter seinen Schülern gegenrevolutionäre Flugschriften verbreitete. Der 18jährige Bankbeamte Paul Franio wurde wegen Agitation gegen die Räteregierung zu 10 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Generalstreik in Basel und Zürich.

Allgemeiner schweizer Generalstreik in Sicht.

Basel, 31. Juli. Gestern abend 6½ Uhr war die Arbeitsruhe in der Stadt nahezu allgemein. Die Arbeitswilligen kleinerer Betriebe schlossen sich den Streikenden auf die erste Aufforderung an.

Es kam zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen der streikenden Arbeiterschaft und der Polizei. Gegenwärtig sind im Zentrum der Stadt Maschinengewehre aufgestellt. Bei den Zusammenstößen gab es vier Leichtverletzte.

Zürich, 1. August. Die Delegiertenversammlung des Arbeiterbundes beschloß einstimmig, die Basler Genossen zu unterstützen und Freitag 12 Uhr die Arbeit niederzulegen. Heute morgen gelangte ein Zirkulär zur Verteilung, das zur Arbeitsniederlegung auffordert. Es ist unterzeichnet: Gemeinde- und Lokalverbände und Straßenbahnerverband Sektion Zürich. Man spricht vom Beginn des allgemeinen schweizerischen Generalstreiks. Vorläufig sind vom Lokalkomitee folgende städtischen Betriebe in den Generalstreik einbezogen: Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Bestattungswesen und Notstandsdienst.

Deutschland hat die Erfüllung des Friedensvertrags begonnen.

Versailles, 1. August. In der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses der Kammer sprach sich Finanzminister Klotz über die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme aus. Er erklärte auf Anfrage, daß Deutschland bereits begonnen habe, seine Verpflichtungen durch Lieferung von Material und Werten zu erfüllen. Im Laufe der Debatte versuchten einige Abgeordnete auch das Recht der Elsässer und Lothringer auf Schadenersatz zu begründen.

Nach den Morgenblättern wird die Kammer jedenfalls vom 8. bis zum 26. August in die Ferien gehen und erst nachher die Verhandlungen über die Ratifizierung beginnen.

Versailles, 1. August. „Moniteur Belge" veröffentlichte gestern einen Erlaß, durch den die wirtschaftlichen Verbindungen mit Deutschland und deutschen Staatsangehörigen wieder zugelassen werden.

Die Zurückziehung der englischen Truppen aus Rußland.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".)

Kopenhagen, 1. August. Wegen der Zurückziehung der englischen Truppen aus Nordrußland erhielt der englische Generalstab vollständige Machtvollkommenheit in der Regierung. In den letzten Tagen begann die Werbung freiwilliger Truppen für Rußland, denen sich zahlreiche englische Soldaten anzuschließen scheinen. Zu der Rede Churchills, die die Zurücknahme der Truppen ankündigte, schreibt „Echo de Paris", daß derartige Reden auf die völlige Ratlosigkeit verweisen, welche hinsichtlich der Intervention der Alliierten in Rußland herrscht. Frankreich hat ein Interesse daran, daß die Finanzen seiner Schuldner eine feste Grundlage haben, sowie daß seine Verbündeten eine gewisse kraftvolle Politik führen, während England und Amerika im Orient und China andere Interessen als das kaiserliche Rußland haben, die den Bolschewismus nicht so gefährlich finden, als daß dieser seine Interessen umgibt, und deshalb andere Ansicht von der Rücksendung haben als die französische Regierung.

Der internationale Gewerkschaftskongreß für die deutschen Kriegsgefangenen.

Amsterdam, 1. August. In der heutigen Sitzung des Gewerkschaftskongresses verlas der Vorsitzende ein Telegramm der Organisation der gewesenen deutschen Kriegsgefangenen in Berlin, in dem sie ersucht, etwas für die Befreiung der 800 000 deutschen Kriegsgefangenen zu tun, die unter elenden Umständen im Auslande weilen.

Ben Tillet (England) schlägt vor, diese Angelegenheit dem neuen Bureau anzuvertrauen, das sich mit den neuen Organisationen in den Ententeländern in Verbindung setzen und mit ihnen zusammen arbeiten soll, um eine Lösung herbeizuführen.

Williams (England) erklärt als Mitglied des englischen Parlaments, es sei wiederholt auf die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen gedrungen worden. Die Bemühungen würden fortgesetzt werden.

Bezüglich der Festsetzung der Beiträge wurde der Antrag Bunning (England) angenommen, wonach von je 1000 Mitgliedern 12 Gulden jährlich beigetragen werden sollen, um nicht durch einen zu hohen Beitrag die kleinen Organisationen abzuschrecken.

Ein von Jouhaux (Frankreich), Appleton (England) und Sassenbach (Deutschland) eingebrachter Antrag, daß die Gewerkschaftsverbände beauftragt werden sollen, ihre Regierungen aufzufordern, ihren Gesandtschaften

Attachees für soziale Angelegenheiten

beizufügen, die von den Gewerkschaften angewiesen werden sollen, wurde angenommen.

Gompers (Amerika) erklärte, Amerika beanspruche wegen der Entfernung von Europa keine Stelle im Bureau; er schlug vor, Appleton (England) zum Vorsitzenden zu wählen. **Thorberg** (Schweden) beantragt die Wahl Oudegeests. Gewählt wurde Appleton mit 31 gegen 18 Stimmen, die auf Oudegeest fielen. Zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden wurde Jouhaux mit 30 Stimmen gewählt, 19 Stimmen fielen auf Legien.

Als Kandidat eines 2. stellvertretenden Vorsitzenden wurde Legien und Sassenbach vorgeschlagen. Beide lehnten die Kandidatur ab. Legien sagte, als Vorsitzender sei ein Kamerad aus seinem Land vorgeschlagen worden. Der Kongreß habe sowohl zum **Vorsitzenden als auch zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Mitglieder aus derselben Gruppe der kriegführenden Länder gewählt.** Daraus spreche eine solche Mißachtung für Deutschland, daß die Deutschen im Bureau keinen Sitz zu haben wünschen.

Hierauf schlug Tobin (Amerika) Hueber (Deutschösterreich) zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden vor. Hueber lehnte mit der Bemerkung: **„Wir leiden zusammen und bleiben zusammen"**, ab.

Hierauf wurde Mertens (Belgien) als Kandidat vorgeschlagen und schließlich auch gewählt. Die Delegierten Dänemarks, Deutschlands, Deutschösterreichs, Schwedens und Norwegens enthielten sich der Abstimmung.

Aus kritischen Tagen.

Von Philipp Scheidemann.

Die Auseinandersetzungen in der Nationalversammlung über die kritischen Sommertage des Jahres 1917 finden in der ganzen Welt die gebührende Beachtung. In unserer schnelllebigen Zeit überstürzen sich die Ereignisse von welterschütternder Bedeutung. Wer da nicht über ein ganz vortreffliches Gedächtnis oder zuverlässige Notizen verfügt, wird manches vergessen oder über den Zusammenhang gewisser Tatsachen nach Jahr und Tag im unklaren sein. Da ich in den entsetzlichen Kriegsjahren mancherlei miterlebt habe, will ich einige Daten anführen, die zur Beleuchtung der Situation im Juli und August 1917 mancherlei beitragen dürften.

Ich berichte nur auszugsweise aus Aufzeichnungen von wenigen Tagen.

6. 7. 17. Die Bekehrung des Matthias! Der gestrige Tag wird zu den bedeutsamsten zählen, die wir bisher im Hauptausschuß während der Kriegszeit erlebt haben. Erzberger hat sich zu der Auffassung bekannt, die meine Freunde und ich vertreten: wir müssen unter allen Umständen Frieden zu schließen suchen. . . . Im Laufe des Tages traten schon Vertreter der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Fortschrittler und der Nationalliberalen zu Beratungen zusammen. Es bestand grundsätzliche Uebereinstimmung darin, daß eine gemeinsame Friedenserklärung versucht werden müsse. . . .

9. 7. 17. Der gestrige Tag war wiederum sehr ereignisreich. Es stellte sich in der interfraktionellen Sitzung heraus, daß die bisherigen Delegierten der Nationalliberalen (v. Richthofen, Dr. Junck, Schiffer, Stresemann, v. Calker) nicht im Auftrage ihrer Fraktion, sondern auf eigene Faust verhandelt hatten. Am 9. Juli soll bei den Nationalliberalen die Entscheidung fallen. — Erzberger berichtete folgendes: Der Kriegsminister v. Stein hat Hindenburg und Ludendorff telephonisch nach Berlin gerufen. Ihre Anwesenheit sei erforderlich, weil sich in Berlin merkwürdige Dinge abspielten. Bethmann habe Wind von der Sache bekommen. Er ließ den Kaiser, der ebenfalls nach Berlin kam, schon auf dem Bahnhofe abfangen und sofort zu sich dirigieren. Damit hatte er schon gesiegt. Er fragte den Kaiser, was die beiden Heerführer hier wollten. Der Reichstag habe keinerlei Differenzen mit der Heeresleitung. Was an politischen Meinungsverschiedenheiten vorhanden sei, gehe ihn an, nichts aber die Beiden. Der Kaiser hat daraufhin Hindenburg und Ludendorff sofort wieder fortgeschickt.

28. 8. 17. Der Siebener-Ausschuß ist zur ersten Sitzung beim Reichskanzler versammelt. Außer dem Reichskanzler, dem Staatssekretär v. Kühlmann und einigen Bundesratsmitgliedern sind folgende Abgeordnete anwesend: Stresemann, v. Westarp, Wiemer, Erzberger, Fehrenbach, Ebert und ich. Das Wort nahm sofort v. Kühlmann: Die deutsche Regierung habe dem Papst einen Zwischenbescheid gegeben. Man habe die Initiative des Papstes dankbar begrüßt und Auftrag gegeben, die Note materiell zu prüfen und dann zu beantworten. Der Zwischenbescheid schaffe Zeit zur Ausarbeitung der Antwort. Uebrigens verlaute, daß auch der König von England einen Zwischenbescheid erteilt habe. Das gleiche werde vom König von Belgien gesagt. Wichtig sei bei der Beantwortung die Uebereinstimmung und Geschlossenheit der Zentralmächte. Wenn die vier Mächte in der Antwort vollkommen übereinstimmten, so sei das schon ein großer diplomatischer Gewinn. . . . Wenn es irgend möglich sei, werde man bei der Beantwortung der Papstnote der Entente die Vorhand lassen, weil das nach verschiedenen Seiten hin vorteilhaft sei. Entweder werde die Entente sich auf den Boden der Botschaft stellen, oder vor aller Welt die Schuld an der Fortdauer des Krieges auf sich nehmen müssen. . . . „Scheinbar" stehe England den päpstlichen Anregungen nicht unsympathisch gegenüber. Frankreich spiele sich entrüstet auf, sei aber vollkommen abhängig von England. Italien könne die Note auch kaum unsympathisch sein. . . .

In der folgenden Aussprache war ich der erste Redner. Ich betonte, daß es empfehlenswert sei, bei der Beantwortung der Note die idealen Gesichtspunkte hervorzuheben: Sicherung des Friedens, Schiedsgerichte usw. Alle diese Fragen seien von uns im Gegensatz zu dem Verhalten der Entente, viel zu nebensächlich behandelt worden. Die Note müsse freudig begrüßt und als eine gute Grundlage für die angeregten Verhandlungen bezeichnet werden. Als Spezialpunkt müsse Belgien behandelt werden. Belgien sei der Angelpunkt, deshalb müsse klipp und klar gesagt werden, daß Deutschland bereit sei, Belgien zu räumen. — Wiemer sprach in ähnlichem Sinne, wünschte aber auch ein Wort über die Freiheit der Meere. — Fehrenbach schloß sich mir an; von Belgien müsse klar gesagt werden: Wir gehen hinaus. — Westarp will der Entente den Vortritt lassen; wir müßten ruhige Nerven behalten. Er ist für die Betonung der idealen Gesichtspunkte, will aber vermeiden, daß daraus eine Festlegung für die Zukunft hervorgeht, die uns nachteilig sein könnte. Nur allgemeine Gesichtspunkte, also auch nichts von Belgien. Es sei für ihn klar, daß Belgien zukünftig entweder unter Englands oder unserer Vorherrschaft stehen werde. — Stresemann: Nur allgemeine Gesichtspunkte! Aber wenn über Belgien gesprochen wird, dann auch über Flandern, damit die Flamen von den Wallonen nicht dauernd unterdrückt werden. — Erzberger: Die Antwort muß ganz allgemein gehalten sein. Die päpstlichen Formeln über Belgien sind für uns sehr gut. — Ebert schloß sich

meinen Ausführungen an; er polemisierte in der Hauptsache gegen Westarp.

Ich führe aus meinen Aufzeichnungen noch folgende bemerkenswerte Szene an:

v. Westarp wiederholte seine Rede und betonte ausdrücklich, daß er allerdings Belgien unter deutscher Vorherrschaft bringen wolle. Er beharre auf dem Standpunkt, den der Abgeordnete Spahn im Reichstag vertreten habe. . . . — Erzberger: v. Westarp habe sich auf eine Aeußerung Spahns im Reichstag berufen. Spahn habe aber damals einen falschen Zungenschlag gehabt. Er habe sagen sollen: Belgien soll wirtschaftlich, politisch und militärisch nicht in die Hände unserer Gegner kommen. Statt dessen habe er gesagt: Belgien soll wirtschaftlich, politisch und militärisch in unsere Hand kommen. Der nächste Redner, ein Sozialdemokrat, habe die Aeußerung sofort festgehalten und dadurch sei eine Korrektur der Spahnschen Erklärung im Stenogramm zur Unmöglichkeit geworden. Dieser Darstellung Erzbergers widersprach keiner der anwesenden Herren.

Der Reichskanzler resümierte das Ergebnis der Aussprache und stellte eine weitere Sitzung zur Besprechung der endgültigen Antwort in Aussicht.

9. 9. 17. Der Staatssekretär v. Kühlmann hatte gestern abend telephonisch bei mir anrufen lassen, um mich zu bitten, ihn heute zu besuchen. Ich schildere hier kurz den Gegenstand unserer Aussprache:

Kühlmann: Unsere Aussprache müsse ganz vertraulich behandelt werden. Die Antwort auf die Note des Papstes werde, soweit die allgemeinen Gesichtspunkte in Betracht kommen, ganz in dem Sinne gehalten sein, wie sie der Siebener-Ausschuß gewünscht habe. Dagegen seien alle Erörterungen zwischen der deutschen Regierung und den Regierungen der Zentralmächte, soweit Belgien in Betracht komme, völlig negativ verlaufen. Alle unsere Bundesgenossen hätten diesen Einwand gemacht: wenn von Belgien geredet werde, sei es notwendig, daß z. B. Oesterreich auch von Triest und vom Trentino spreche, Bulgarien von diesem und die Türkei von jenem. Jeder der Bundesgenossen habe unter Berufung auf Belgien soviel Spezialwünsche geäußert, daß schon deshalb auf die Erwähnung Belgiens habe Verzicht geleistet werden müssen. Aber es kommen noch andere wichtige Gesichtspunkte hinzu. Die Dinge hätten sich in der letzten Zeit so gestaltet, daß wir in der Tat unsere einzige Karte aus der Hand geben würden, wenn wir die vom Siebener-Ausschuß verlangte Erklärung über Belgien öffentlich abgeben.

Ich warf hier ein, daß er es mir nicht übelnehmen solle, wenn ich ihm sage, daß das die ganze alte Rederei in neuer Aufmachung sei.

Er fiel mir sofort ins Wort und sagte: Bitte, ich kann nur hypothetisch folgendes sagen: Wenn z. B. jetzt Deutschland und England den Wunsch hätten, sich gegenseitig unter Vermittlung des Königs von Spanien oder der Königin von Holland über Belgien zu unterhalten, würden Sie es dann nicht auch als töricht bezeichnen müssen, vor Beginn dieser Verhandlungen durch eine öffentliche Erklärung die Verhandlungen überflüssig zu machen? Im übrigen wolle er sagen, daß vollkommene Uebereinstimmung bei allen in Betracht kommenden Stellen der Regierung über die belgische Frage bestehe. Es sei ganz selbstverständlich für die Regierung, daß in bezug auf Belgien so verfahren werden müsse, wie es durch die Resolution des Reichstags vom 19. Juli klar verlangt würde und wie es auch im Siebener-Ausschuß in der jüngsten Sitzung klar vertreten worden sei.

Ich wandte ein, daß ich sehr überrascht sei über die Stellungnahme, die die Regierung nunmehr Belgien gegenüber einnehme. Die zügellose Agitation der Alldeutschen, die Eroberung Rigas und der Artikel der Amsterdamer „Tjd" über die angeblichen Absichten betreffend Belgien, müssen die Ueberzeugung im Volke neu beleben, daß die Reichsregierung dennoch ein zweideutiges Spiel in der belgischen Frage spiele.

Er: Von alledem kann absolut keine Rede sein. Da ich mehr Schwierigkeiten mache, als er vorausgesehen habe, müsse er mir mehr sagen. Die Kurie sei informiert über die Antwort an den Papst und vollkommen damit einverstanden. Die Kurie bestehe in keiner Weise darauf, daß über Belgien in der Antwort öffentlich geredet werde. Es fänden zwischen ihm und dem vatikanischen Staatssekretär zurzeit Verhandlungen über Belgien statt, so daß auch der Papst vollkommen informiert sei über die Absichten der deutschen Regierung. Er wiederhole, daß die Kurie gar keine andere Antwort erwarte, als er sie dem Siebener-Ausschuß am 10. d. M. vorlegen werde.

Ich: Angenommen, daß alles, was Sie sagen, richtig ist, was aber erfährt davon das deutsche Volk, was erfährt das Ausland, namentlich auch das neutrale, von allem, was jetzt Sie, die Kurie, ich und vielleicht die Mitglieder des Siebener-Ausschusses wissen? Es kommt darauf an, Rücksicht zu nehmen auf die Stimmung im Inlande und die Antwort so abzufassen, daß uns die Brücke zu Verhandlungen unter keinen Umständen zerschlagen wird. Meiner festen Ueberzeugung nach kommen wir nicht zu Verhandlungen, wenn wir nicht sofort eine bestimmte Erklärung über Belgien abgeben. Abgesehen von meinen grundsätzlichen Erwägungen, kann ich mir auch nicht denken, daß die Reichstagsmehrheit sich mit dem Schweigen über Belgien einverstanden erklären könnte. Gelänge es gar, die öffentliche Meinung so zu dirigieren, daß man das Schweigen als einen Triumph der Alldeutschen auffassen kann, dann sei das Schlimmste auch im Innern zu befürchten.

Er sei ganz einig mit mir in der Einschätzung aller dieser Momente, aber das seien doch alles nur taktische Erwägungen, die gerade im Interesse des Zustandekommens baldiger Verhandlungen zurücktreten müssen.

Ich sprach mich noch einmal ganz eingehend über die belgische Frage aus und wiederholte, daß ich es für unerläßlich hielt, jetzt über Belgien klaren Wein einzuschenken.

Er: Wenn ich in bezug auf Belgien nicht genau wüßte, daß alle in Betracht kommenden Personen, vor allem der Reichskanzler mit mir übereinstimmen, würde ich mein Amt bereits wieder aufgegeben haben; ebenso wenig könnte ich es aber behalten, wenn ich jetzt gegen meine Ueberzeugung öffentlich etwas sagen sollte, was nicht gesagt werden darf, nachdem sich die Dinge entwickelt haben, wie ich sie Ihnen andeutete. Wir könnten gerade ihm mit dem größten Vertrauen entgegenkommen und er könne sich doch auf eine zwanzigjährige Praxis in der Diplomatie berufen.

Ich: Sie sprechen von Andeutungen. Das, was Sie mir als Hypothese vorgetragen haben, kann ich unmöglich als Tatsache hinnehmen, mit der ich rechnen müßte. Bei aller Hochachtung vor Ihnen können Sie das unmöglich verlangen. Steckt hinter Ihren Hypothesen etwas, dann müssen Sie deutlicher werden.

Er: Ich will Ihnen absolutes Vertrauen schenken . . . . Sie werden sich in 3 oder 4 Wochen an diesen Sonntagvormittag an dem Sie bei mir auf diesem roten Sofa sitzen, sehr deutlich erinnern. Bis dahin sind nämlich, wie ich Ihnen bestimmt versichern kann, Verhandlungen zwischen England und uns über die belgische Frage im Gange. Sie werden zugeben, daß unter diesen Umständen es doch wirklich eine Torheit wäre, die Verhandlungen unmöglich zu machen, dadurch, daß wir in der Antwort an den Papst aller Welt sagen, worüber wir uns unterhalten wollen. Dieser Unterhaltung ist doch von vornherein der Boden entzogen, wenn die Antwort sie überflüssig macht.

Ich sagte ihm, daß diese Mitteilungen allerdings von größter Wichtigkeit seien, daß ich mich trotzdem aber nicht für befugt hielte, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Ich müßte jedenfalls mit meinen engsten Freunden Rücksprache nehmen, es sei auch erwünscht, wenn er mich ermächtige, in der morgen früh stattfindenden interfraktionellen Besprechung einige Mitteilungen über das, was er mir gesagt habe, zu machen. Wie weit ich dabei gehen könne, solle er mir deutlich sagen.

Er: Sie können alles sagen, wovon Sie glauben, daß es nicht absolut verschwiegen bleiben muß. Selbstverständlich dürfen Sie keineswegs etwas über die Verhandlungen sagen, von denen ich Ihnen Mitteilung gemacht habe . . .

Selbstverständlich habe ich im interfraktionellen Ausschuß über die Unterhaltung mit Kühlmann, soweit und so deutlich als das möglich war, berichtet. Allgemeines Mißbehagen!

10. 9. 17: Siebener-Ausschuß beim Reichskanzler. Kühlmann verliest die Antwort an den Papst und erläutert sie unter besonderer Hervorhebung der Gründe, die dazu geführt hätten, nichts von Belgien zu sagen. Er wolle ausdrücklich betonen, daß die Friedensresolution vom 19. Juli die absolute Richtschnur für die Regierung sei . . . .

In der sehr langen Aussprache, die ich hier nicht ausführlich rekapitulieren kann, vertrat ich den Standpunkt, daß trotz allem, was Kühlmann vorgetragen habe, unsere Stellung zu Belgien präzisiert werden müsse, es sei denn, daß Herr v. Kühlmann noch andere Gründe, als die von ihm angeführten in petto habe.

Ich zitiere nunmehr wörtlich nach meinen Aufzeichnungen:

v. Kühlmann schwieg sich aber aus, weil er längst gemerkt hatte, daß er die Mehrheit des Ausschusses schon gewonnen hatte. Ich schloß mit der Bemerkung, daß wir auf Beachtung unserer Wünsche im Siebener-Ausschuß dringen müßten; wir legten keinen Wert darauf, die Verantwortung mit zu tragen für Entscheidungen, auf die wir dort keinen ausschlaggebenden Einfluß gehabt hätten.

Fehrenbach machte sofort große Konzessionen . . . . Er unterstütze aber den von Scheidemann ausgesprochenen Wunsch, daß in präzisier Wendung auf die Stellungnahme der Mehrheit des Reichstags Bezug genommen werde. Dadurch könnten wohl auch die sozialistischen Bemerkungen des Anscheins alldeutscher Erfolge beseitigt werden . . . .

Es sprachen dann der Reichskanzler, Stresemann und v. Payer, dann

Erzberger: Ich halte die Erklärung, daß die Resolution absolute Richtschnur für die Regierung sei, für die ernstwollte, die seit drei Jahren abgegeben wurde. Vor zehn Tagen sei das Verlangen, eine öffentliche Erklärung über Belgien abzugeben, berechtigt gewesen, heute nicht mehr.

Ebert (in einer ausführlichen Rede) gegen Erzberger gewendet: Er könne nicht zugeben, nachdem was er heute hier gehört habe, daß die Sachlage eine andere sei als vor zehn Tagen.

* * *

Der endgültige Wortlaut der Antwort an den Papst ist aller Welt bekannt.

Als ich Herrn von Kühlmann gelegentlich an das rote Sofa erinnerte und nach den englischen Verhandlungen frage, zuckte er die Achseln.

Ludendorff gegen das Weißbuch.

„Der Impuls von innen."

Im „Berl. Lokal-Anzeiger" veröffentlicht General Ludendorff eine mehrere Spalten umfassende Erklärung, in der er die von uns kurz ihrem Inhalt nach wiedergegebene dokumentarische Darstellung des neuen deutschen Weißbuchs zu entkräften bemüht ist. Er versteift sich darauf, daß in der ersten Oktoberhälfte allgemeine Einigkeit darüber bestand, ein Waffenstillstand, der Deutschland wehrlos mache, dürfe nicht angenommen werden, lieber müsse man auf Leben und Tod weiterkämpfen. Aber zur Durchführung dieses Entschlusses habe der „Impuls von innen" gefehlt. Das ist an sich richtig, nur erkennt Ludendorff nicht, warum dieser Impuls von innen nicht mehr da sein konnte. Die Oberste Heeresleitung hatte durch vierjährige Bearbeitung der Oeffentlichkeit alles auf Sieg- und Eroberungsfrieden eingestellt, und zu spät war ihr die Erkenntnis gekommen, daß — wie immer man zur Annexionsfrage grundsätzlich stand — dieser Krieg politischnur als Verteidigungskrieg geführt und bestenfalls als solcher gewonnen werden konnte. Diese Einsicht ist hier im „Vorwärts" unablässig gepredigt worden, wofür der „Vorwärts" von der Obersten Heeresleitung mit den unglaublichsten Zensurschikanen verfolgt wurde. Hätte man dem deutschen Volk gesagt, daß angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse jeder Gedanke an einen Eroberungskrieg tollender Blödsinn sei, daß es sich nur darum handle, das nackte Leben zu retten, so hätte auch für einen letzten Rettungsversuch „der Impuls von innen" nicht gefehlt. Nachdem aber die Oberste Heeresleitung vier Jahre lang systematisch und grundsätzlich alle seelischen Voraussetzungen zur Führung eines Verteidigungskrieges zerstört hatte, hat sie zu allerletzt das Recht, dem deutschen Volk Vorwürfe darüber zu machen, daß in den letzten fünf Minuten die psychologische Einstellung auf den reinen Verteidigungskrieg nicht mehr möglich war. Die Oberste Heeresleitung hat die Verteidigungspolitik, die von der Sozialdemokratie stets gepredigt und verfochten wurde, mit allen Mitteln der Gewalt durchkreuzt und hintertrieben, darum kann sie sich und ihre alldeutschen Schildhalter vom Vorwurf, den Zusammenbruch verschuldet zu haben, nicht reinwaschen.

Streik im Hafen von Calais. Der Zustand im Hafen von Calais hat sich verschlimmert. Infolge der Aussperrungen feiern 3500 Arbeiter. Die Seeschiffe können nicht entlöscht werden.

Das Helium-Luftschiff.

Ein Riesenluftschiff mit Gondeln, deren Querschnitt an den eines modernen Ozeandampfers erinnert, mit vier Stockwerken, in dessen oberstem die Paare sich im Tanze drehen, während der zweite den Speisesaal und die Kabinen enthält und die unteren Küche und Gepäckräume aufweisen — das ist das Zukunftsbild, wie es die Amerikaner mit Hilfe des Heliums verwirklichen wollen. Vor einigen Monaten kam die Meldung, daß es gelungen sei, das Heliumgas, dessen Erzeugungspreis sich bisher auf etwa 60 000 Dollar für den Kubikmeter gestellt hatte, in hinreichenden Mengen und für 3½ Dollar herzustellen, so daß es nunmehr industriell verwertet werden könne. Damit wäre ein Füllgas für Luftschiffe gewonnen, das gegenüber dem bisher verwendeten außerordentliche Vorteile infolge seiner Unentflammbarkeit, seines hohen Auftriebs und seiner nur halb so großen Diffusionsgeschwindigkeit aufweist. Ingenieur Gehlke, der im neuesten Heft der „Umschau" die zur Heliumgewinnung benutzten Verfahren schildert, weist auf die Vorteile hin, die ein solches Luftschiff dem Flugzeug gegenüber haben würde.

Zunächst ist das Luftschiff dem Flugzeug durch seine Betrachtungsmöglichkeit überlegen, die mit zunehmender Größe steigt und schon bei den heutigen deutschen Starrschiffen an Nutzlast über 50 Proz. des Gesamtauftriebes ausmacht. Es ist ferner im Gegensatz zu der oft aufgestellten Behauptung weniger Landungspersonal für das Luftschiff nötig als für das Flugzeug, wenn man nämlich beide auf der Basis gleicher Betrachtungsmöglichkeit miteinander vergleicht. Nach einer englischen Statistik betrug die für eine geflogene Stunde in Anspruch genommene Mannschaftszahl bei Flugzeugen 3,5, bei Luftschiffen jedoch nur 1,62. Vor allem aber sind die Vorteile der Unentflammbarkeit wahrscheinlich noch nicht im ganzen Umfange erkannt. Wenn alle branderregenden Teile wie Motore und Benzinvorräte ohne größere Schutzmaßnahmen in das Innere des Tragkörpers verlegt werden können, so werden auch die Außengondeln verschwinden und durch die Verringerung des Luftwiderstandes die Leistungen der Luftozeanriesen gesteigert werden können. Man kann auch die in den heißen Abgasen der Motore jetzt vergeudeten Kalorien ausnutzen und eine Auftriebssteigerung erzielen, die eine Erhöhung der Bequemlichkeiten für die Passagiere mit sich bringen wird, so daß sich die eingangs erwähnten ausschweifenden Zukunftsbilder erklären.

Bei solchen Dimensionen, wie sie jetzt schon geplant werden, liegt es nahe, zu vermuten, daß auch die viel rationellere Dampfmaschine noch eine Rolle im Luftverkehr spielen wird. Infolge der geringeren Diffusionsgeschwindigkeit bedarf das Luftschiff in Zukunft nicht mehr so häufiger Nachfüllung, der Luftschiffauftrieb hat weniger unter den Folgen atmosphärischer Unbilden zu leiden, und man wird auch große Luftschiffe so behandeln können, wie man es mit den kleineren Prallschiffen bereits im Kriege gemacht hat, die man wochenlang nicht in Hallen gebracht, sondern an Schiffsmasten in der Luft freibeweglich verankert hat.

Die industrielle Herstellungsmöglichkeit des Helium leitet so ein neues Stadium der Luftschiffentwicklung ein, dessen Aussichten fast unbegrenzt erscheinen.

Der Bund der Geistigen.

Der jüngst mitgeteilte Aufruf Romain Rollands, auf den schon Max Hochdorf eingegangen ist, veranlaßt weitere Anregungen eines unserer Mitarbeiter, aus denen wir folgendes wiedergeben:

Es wird ein Aufruf von Romain Rolland und Mitunterzeichnern aus 13 Ländern veröffentlicht („Vorwärts" Nr. 377 vom 26. Juli 1919) — ein Bekenntnis zum „freien Dienst an der freien Wahrheit", ein Bekenntnis zur einigen Menschheit und zur Liebe zu ihr, ein Aufruf zur inneren Ueberwindung des blutschuldbeladenen Völkerhasses. Es dürften gute Gründe sein, derentwegen die Unterstützer des Aufrufes keine Bundesgründung betreiben, keine Geldzahlungen für Arbeit im Sinne des Aufrufs fordern, keine Zeitschrift gründen oder als Sammelstätte nennen. Sondern allein den Gedanken aufrichten, der jedem Denkenden der Erde heute am dringendsten anliegt und dem, endlich, ein Höchstmaß wirksamer Autorität zu erkämpfen die Pflicht der Sehenden ist.

Die Arbeit dafür — schwer, kampfreich, auf sehr lange Zeit einzustellen — hängt aber ab von Organen und Mitteln. Daher planen die Väter des Aufrufes sicherlich in irgendeiner Form den „Bund der Geistigen". Aber der darf nicht bei hoch schwebenden, widerspruchsfreien allgemeinen Wahrheiten beharren. Solange auch die „Geistigen" nicht „Weltbürger" schlechthin, sondern Volksglieder sind — also auf alle absehbare Zeit —, solange ist das gestellte Hauptproblem dies: Wie ist zu erreichen, daß die, die guten Willens sind in dem einen Volk, die Brüder im andern in den Wurzeln ihres Wesens und Meinens begreifen? Auf diese eine Frage sollte der „Bund der Geistigen" in Deutschland seine Arbeit beschränken, und gleiches für die anderen Länder anregen. Es wird höchster Kraftanspannung bedürfen, nur dieser einen Aufgabe gerecht zu werden.

Für die Arbeit ein — übrigens einfacher und naheliegender — Gedanke über die Form der Bundesarbeit: Anläßlich aller Vorgänge und Ereignisse, die das Verhältnis von Volk zu Volk fernerhin zu vergiften geeignet sind, sammelt die Leitung des Bundes im Volk Aeußerungen — ad hoc niedergeschriebene Worte einzelner —, in denen sich widerspiegelt, wie der Gegenstand sich darstellt in der stärksten Intelligenz und dem reinsten Gewissen des Volkes. Größter Gehalt bei geringstem Wortaufgebot. Die zu solchem Wortführertum des Volkes Berufenen weist kein Glanz eines Gelehrten- oder Künstlernamens, kein Staatsamt oder Berufstitel aus. Jedem Bundesglied muß erlaubt sein, solche Aeußerung der Bundesleitung zu senden. Dem Redaktionsausschuß des Bundes freilich muß die Wahl des Anzunehmenden völlig frei stehen — den Bundesgliedern gegenüber diskussionslos; sonst erstickt seine Arbeit. So entstehen schmale Hefte — als erstes „Der Friedensschluß" —, deren Uebersetzungen an die Bruderbünde drüben gehen. Das Echo, das diese Völkerstimmen wecken, bildet den Hauptinhalt des Bundesblattes, für das ein vierteljährliches Erscheinen genügen dürfte.

Auf diese Art könnte allmählich so etwas wie eine „Solidarität der guten Gewissen in der Welt" erreicht, zumindest die öffentliche Erörterung internationaler Angelegenheiten wesentlich vertieft und entgiftet werden. . . . rh.

Notizen.

— Wilhelm Kienzl's Oper „Der Kuhreigen", die gestern abend in der Volksbühne zur Erstaufführung kam, fand vor einem vollen Hause einen von Akt zu Akt sich steigernden Erfolg. Er galt sowohl der schönen Musik, als namentlich den Trägern der Hauptpartien, Adolf Lußmann und Margarete Schlemüller, die nach jedem Akt mal auf mal gerufen wurden. Ueber den Eindruck der ganzen Aufführung wird in nächster Nummer berichtet.

— Die Arbeiter-Kunstausstellung der Genossenschaft sozialistischer Künstler im Rathaus zu Neukölln wird am Montag geschlossen. Fast alle politischen Organisationen und Arbeitnehmerverbände am Orte haben die Ausstellung unter sachverständiger Führung besucht, außerdem noch andere Tausende aus Arbeiterkreisen. Das Verkaufsergebnis ist sehr günstig. Außer einigen größeren Ankäufen der Stadt Neukölln sind viele Käufe aus dem Publikum gemacht worden. Verkauft wurden Werke von Baluschek, Kuhe, Vorreiter. Die Stadt kaufte auch eine Holzskulptur von Janecek. Zeichnungen, Graphiken und Radierungen wurden verkauft von Heinrich Vogeler-Worpswede, Erich Pepinski, Th. Frankenbach, Julis Kroll, Otto Bartelt und Hoenniger.

Die Arbeiter-Kunstausstellung wird als Wander-Ausstellung zum erstenmal mitten in einem modernen Großbetrieb — in der A.E.G. — gezeigt werden; der Arbeiterrat der A.E.G. wird sie am 6. August, nachmittags 4 Uhr, eröffnen. Bei dieser Gelegenheit versucht die G. S. K. zum erstenmal, billige Kunstblätter unter die Arbeiterschaft zu bringen. Eine Mappe lithographierter Blätter wird aufgelegt, die von Mitgliedern der Genossenschaft aus dem Betrieb der A.E.G. gezeichnet worden sind.

— Theater. Ferdinand Bonn beginnt seine Tätigkeit am Trianon-Theater Ende September.

— Die Berliner Handelshochschule hat den Leiter der völkerrechtlichen Abteilung der „Deutschen Liga für Völkerbund", Dr. H. Wehberg, aufgefordert, im kommenden Semester über den Versailler Friedensvertrag unter besonderer Berücksichtigung des Wirtschaftsverkehrs zu lesen.

— Die Johannes Fastenrath-Stiftung, die zur Förderung vor allem starker literarischer Talente bestimmt ist und deren Rat in Köln domiziliert, wird neuerdings ausgeschrieben. Die Entscheidung über die nächste Verteilung der fälligen Summe (Zinsen von 300 000 M. Kapital) erfolgt Anfang Mai 1920. Die Satzungen der Stiftung sind vom Oberbürgermeisteramt Köln a. R. kostenlos zu beziehen.

— Die Bewegung der Alpen nach Norden. In der letzten Sitzung der bayerischen Akademie der Wissenschaften wurde auf Grund neuerer Feinmessungen festgestellt, daß die Dreieckspunkte auf dem Wendelstein und an anderen Orten des Nordrandes der bayerischen Alpen sich im Verlauf des letzten Jahrhunderts um etwa ein viertel Meter nach Norden beziehentlich Nordwesten verschoben haben. Der Nordrand der Alpen ist also München um eine Kleinigkeit nähergekommen. Diese Erscheinung, ebenso wie eine leichte Bodensenkung im Osten Münchens, sind als unbedeutende Nachwirkungen einer viel stärkeren älteren Bodenbewegung aufzufassen.

Die Rechtslage der besetzten Gebiete.

Zugeständnisse der Entente.

Berlin, 1. August. (W. T. B.) Die Antwort der Entente auf die am 11. und 12. Juli in Versailles von der deutschen Kommission für das Rheinlandsabkommen gestellten Forderungen wegen der Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete, trägt in einer Reihe von wesentlichen Punkten den deutschen Standpunkt Rechnung und ist im allgemeinen in einem von versöhnlichem Geist getragenen Ton gehalten.

Die Antwort beginnt mit der Versicherung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen immer die Absicht gehabt haben, die Besetzung

so wenig drückend als möglich

für die Bevölkerung des linksrheinischen Gebietes zu gestalten, vorausgesetzt, daß Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages genau erfüllen wird.

Unter dem Vorbehalte, daß die Ententekommission das Recht haben soll, im linksrheinischen Gebiete Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, die die Sicherheit der alliierten militärischen Kräfte gewährleisten, soll **die bestehende und künftige Gesetzgebung des Deutschen Reichs und der Bundesstaaten in dem besetzten Gebiete keiner Beschränkung unterliegen.** Unter diesem Vorbehalte wird ferner anerkannt, daß die Bevölkerung die freie Ausübung ihrer persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte genießt: Religiöse Freiheit, Freiheit der Presse, der Wahlen und Versammlungen und freie politische, rechtliche, administrative und wirtschaftliche Beziehungen mit dem unbesetzten Deutschland. Ebenso wird die **Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland** gewährleistet.

Wertvoll ist das Zugeständnis, daß der bevorrechtigte Gerichtsstand, den die An- und Zugehörigen der alliierten Truppen genießen, nicht an deutsche Staatsbürger erteilt werden darf. Das Abkommen sah anfangs vor, daß die alliierten Militärpersonen oder die durch die militärischen Befehlshaber beglaubigten Personen ausschließlich der militärischen Gerichtsbarkeit der alliierten und assoziierten Mächte unterworfen werden sollen, auch hinsichtlich des Zivilrechts. Jetzt ist zugelassen worden, daß bei Privatverträgen die deutschen Gerichte angerufen sind. Das Abkommen verlangte rigoros, daß jeder, der sich gegen die Person oder das Eigentum der Ententestreitkräfte verging, deren Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollte. Jetzt ist diese Bestimmung dahin formuliert, daß den alliierten und assoziierten Behörden die Beschuldigten ausgeliefert werden, selbst wenn sie sich auf nicht besetztes Gebiet geflüchtet hätten.

Die Antwort geht sodann auf die

Verwaltung in den besetzten Gebieten

ein und spricht davon, daß nicht die Absicht besteht, die politische und verwaltungsrechtliche Einteilung abzuändern, und daß die Zivilverwaltung auch die Verwaltung der Finanzen umfaßt, daß also die Einkünfte des Reiches und der Bundesstaaten in den besetzten Gebieten vereinnahmt und von den zuständigen deutschen Behörden verwaltet werden können. Bei der Abberufung von Beamten soll sich die Ententekommission mit dem Reichskommissar vorher in Verbindung setzen; abgesehen von dringlichen Fällen soll die Abberufung durch den Reichskommissar oder die zuständige deutsche Behörde erfolgen. Bei der Unterbringung der Truppen und Dienststellen soll angesichts der Wohnungsnot in den besetzten Gebieten „im versöhnlichem Geiste" vorgegangen werden. Steuerbefreiung kommt nicht bei privaten Geschäften oder Handlungen der Angehörigen der alliierten Streitkräfte in Frage. Die Privilegien und Zollbefreiungen, die den Besatzungstruppen und ihrem Zivil- und Militärpersonal eingeräumt worden sind, sollen kontrolliert werden.

Die Freiheit des Verkehrs durch Briefe, Telegramme oder Fernsprecher wird zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Gebiet wiederhergestellt werden, unter dem allgemeinen Vorbehalt oder dem der Folgen eines Belagerungszustandes. Grundsätzlich liegt es in der Absicht, die verschiedenen von den militärischen Stellen der Besatzung während des Waffenstillstandes erlassenen Verordnungen aufzuheben. Jede Einmischung in die innere Organisation Deutschlands wird abgelehnt. Agenten, wie bisher, die beauftragt sind, die deutschen Behörden zu beaufsichtigen, wird es nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages nicht mehr geben. Der öffentliche Unterricht bleibt ein Bestandteil der deutschen Zivilverwaltung. Es heißt ausdrücklich, daß die deutsche Regierung nicht zu befürchten hat, daß fremdsprachiger Unterricht auf Anordnung der Besatzungsmächte eingeführt werden wird. Was die Beitreibungen betrifft, so verspricht die Antwort, dafür Vorschläge entgegenzunehmen und sodann „ein Reglement im Geiste der Billigkeit und Versöhnung" herauszugeben.

Bildung einer oberschlesischen Arbeitsgemeinschaft.

Sämtliche politischen Parteien Oberschlesiens hatten sich, wie der Telegraphen-Union gemeldet wird, in Kattowitz mit Ausnahme der Unabhängigen zusammengefunden, um die Fragen zu erörtern, die im Hinblick auf die bevorstehende Besetzung Oberschlesiens bei der kommenden Abstimmung die Interessen Oberschlesiens am besten gewahrt werden können.

Die Verhandlungen, an denen auch die oberschlesischen Abgeordneten teilnahmen, führten zu dem Ergebnis, eine oberschlesische Arbeitsgemeinschaft zu bilden, welche bezweckt, mit allen Mitteln dahin zu wirken, um Oberschlesien bei Deutschland zu erhalten. Daneben soll aber auch die Frage der Errichtung eines oberschesischen Freistaates in entsprechender Weise erörtert werden, obwohl diese Frage zunächst nicht in den Vordergrund gerückt werden soll. Die Zahl der Mitglieder dieser Arbeitergemeinschaft soll 15 betragen, einschließlich der noch nicht vertretenen Unabhängigen.

Eine Zentrale zum Schutze der öffentlichen Ordnung.

Eine Berliner Zeitung meldet:

Der Geheime Regierungsrat v. Berger, der bislang in der preußischen Staatsregierung beschäftigt war, ist zum Staatskommissar für die öffentliche Ordnung ernannt worden.

Es ist dies eine neue Behörde, die eingerichtet werden soll, um allen Bestrebungen entgegenzuarbeiten, die die öffentliche Ordnung in der preußischen Republik gefährden können. In Frage kommen insbesondere der Bolschewismus, der Antisemitismus und alle Bestrebungen gegen den Bestand der Republik. Es sind bereits zahlreiche Mitarbeiter angestellt worden, darunter der frühere Vizekonsul Dr. Paul Schwarz und Rechtsanwalt Dr. Rosenberg.

Nach unseren Informationen handelt es sich bei der Schaffung dieser Stelle um die Befriedigung eines längst empfundenen Bedürfnisses. Die vielerorts allköglich auftretenden Unruhen waren bisher einer zentralen Behandlung entzogen. Jetzt werden in der neuen Stelle alle Meldungen über Störungen der öffentlichen Ordnung aus dem Staatsgebiete einheitlich zusammengestellt und das zur Abhilfe Nötige wird nun rascher als bisher erfolgen können. Im Interesse des Volkes ist diese Zentralisierung sehr zu begrüßen.

Das Reichsnotopfer.

Im Staatenausschuß zu Weimar ist die Gesetzesvorlage über das Reichsnotopfer durchberaten worden und nun in veränderter Fassung der Nationalversammlung zugegangen. Die Abgabefreiheit ist wesentlich erweitert worden. Die „tote Hand", deren Besteuerung von der Sozialdemokratie fortgesetzt mit Nachdruck gefordert worden ist, darf die Riesenvermögen der Kirchen und religiösen Gemeinschaften vom Reiche unangetastet weiterbehalten. Mit ihrer Besteuerung sollen sich — wenn sie wollen — die Gliedstaaten beschäftigen.

Einen merkwürdigen Punkt dieser ganzen Vorlage bildet die Abgabepflicht auf Luxusgegenstände. Wir sagen darum merkwürdig, weil es uns vollkommen unklar ist, wie man diese Besteuerung durchführen und kontrollieren will. Perlen und Edelsteine und Schmuckgegenstände aus edlem Metall sind so leicht zu verbergen, daß jede Möglichkeit einer auch nur einigermaßen zuverlässigen Registrierung ausgeschlossen erscheint. Wenn aber der Staat sich von den Besitzern solcher Luxusartikel muß auf der Nase herumtanzen lassen — und das wird der Fall sein —, so ist das dem Ansehen des Staates absolut nicht förderlich.

Zum steuerbaren Vermögen gehören z. B.: die nach dem 31. Juli 1914 erworbenen Gegenstände aus Edelmetallen, Edelsteinen, Perlen, Kunst, Schmuck und Luxusgegenstände und Sammlungen aller Art, sofern der Anschaffungspreis der einzelnen Gegenstände 500 M. und darüber oder für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände 1000 M. und darüber betragen hat. Sind nun goldene Uhren Luxus- oder Gebrauchsgegenstände? Man kann sagen, die Uhr ist ein Gebrauchsgegenstand, aber die goldene Uhr ist ein Luxusgegenstand. Eine goldene Uhr kann 500 M. kosten und dabei den gleichen Goldwert haben wie eine solche, die 1000 M. kostet. Der Unterschied liegt hier lediglich in der Präzision des Werkes und in der Sorgfalt der Arbeit. Es gibt tausenderlei Gebrauchsgegenstände, bei denen die Bestimmung, ob sie vorwiegend Luxus- oder vorwiegend Gebrauchsartikel sind, unmöglich wird, und das scheint in diesem Gesetz gar nicht berücksichtigt.

Es wäre viel vernünftiger, statt der unmöglich feststellbaren und faßbaren Dinge, die man versteuern will, die großen Vermögen in schärfster Progression heranzuziehen, die Landwirtschaft nicht einseitig zu bevorzugen und die Kirchengüter und frommen Stiftungen, deren Verwendungszweck nicht immer den Forderungen des allgemeinen Wohls entspricht, für die Bedürfnisse des Reiches nutzbar zu machen.

Die neue Reichsverfassung. Am Sonnabendabend 7 Uhr findet in der Philharmonie ein Vortrag über die neue Reichsverfassung statt. Unter den Rednern befindet sich u. a. auch der Abgeordnete Genosse Dr. Sinzheimer, der Wortführer der Partei in der Rätefrage.

Nationalversammlung zu Weimar

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Abg. Dr. Most (D. Vp.) begründet die Interpellation. Unsere Interpellation ist veranlaßt durch die Erkenntnis der Not, in der sich Millionen deutscher Beamtenfamilien befinden. Der streikende Beamte ist ein Widerspruch in sich selbst. (Sehr richtig! rechts.) Der Beamte hat Sonderpflichten, weil er Sonderrechte hat; umsomehr hat aber auch der Staat die Pflicht, diese Rechte zu wahren. In demselben Augenblick, wo man in England im Begriffe ist, zum Berufsbeamtentum zurückzukehren, wird bei uns das Berufsbeamtentum aufs schwerste gefährdet. Redner weist die Beamtennot im einzelnen an den Gehaltssätzen einzelner Beamtenklassen und an einem Vergleich mit den Einkommensverhältnissen gewisser Arbeiterkategorien nach. Eine rasche und durchgreifende Besoldungsreform für alle Beamtenklassen muß kommen, wenn auf die Dauer das Moment der standesgemäßen Lebenshaltung überhaupt noch aufrecht erhalten werden soll. (Beifall.)

Reichsminister Dr. David:

Es ist mir dringendes Bedürfnis, der deutschen Beamtenschaft meine wärmste Anerkennung für ihre überaus pflichttreue und aufopfernde Arbeit, die sie nicht nur während des Krieges, sondern auch vorher unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet hat, auszudrücken. Das soll ihr unvergessen sein, wenn eine

grundlegende Neuordnung des Beamtenrechts und der Beamtenbesoldung

zustande kommt. Ein gutes Beamtentum ist Lebensbedingung für das neue Deutschland.

Auf der Pflichttreue von unten beruht die Stärke der Demokratie. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister bin ich der Ansicht, daß eine Neuordnung der Besoldung und des Pensionswesens sowie der Hinterbliebenenfürsorge unbedingt nötig ist. Die Regierung ist sich des Ernstes der Lage durchaus bewußt, so daß sie, sobald erst etwas Klarheit geschaffen ist, hier einsetzen und die

Besoldungsreform möglichst schnell durchführen

wird. Zunächst werden wir durch Teuerungszulagen der Notlage entgegentreten, soweit es mit der Finanzlage irgendwie zu vereinbaren ist. Der eigentliche Lohn, den der Beamte für seine Arbeit erhält, ist die Summe der Verbrauchsgüter, die er für sein Geld bekommen kann. Nur durch genügende Kaufkraft des Gehaltes durch

Senkung der Lebensmittelpreise

und sonstiger Verbrauchsgegenstände ist dauernd eine Hebung des wirklichen Einkommens auch der Beamtenschaft herbeizuführen. Durch Neubelebung und Steigerung der Güterproduktion können wir dahin kommen. Wir werden manchen alten Zopf abschneiden, um zu einer neuzeitlichen Regelung zu kommen. Auch die soziale Stellung der Unterbeamten, die angeglichen werden soll neuen Anforderungen, wird in Betracht gezogen. Im Reichsministerium des Innern ist ein

Rat für Beamtenfragen

eingesetzt; er hat seine Arbeiten am 1. August bereits aufgenommen. Auf seinem Arbeitsplan steht auch die Regelung des Beamtendisziplinarrechtes. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Das Disziplinarrecht wird nicht nur freiheitlicher gestaltet, sondern auch einheitlich für alle Beamten angestrebt werden. Die Richtlinien dafür sind in der Reichsverfassung angegeben. Das neue parlamentarische System wird fortan die Gewähr geben, daß fortan die Beamten ihre berechtigten Forderungen leichter und rascher zur Geltung bringen können. Ein großer Vorzug des neuen Systems ist, daß

der Beamte nichts mehr zu fürchten

hat, wenn er hier nach seinem Gewissen handelt. Der Beamte wird den Segen des parlamentarischen Systems immer mehr empfinden und sich nicht nach dem alten System sehnen. Neben der vollen Möglichkeit, an allem Kritik zu üben, auch dem obersten Vorgesetzten, hat er auch das Recht, sein

politisches Bekenntnis abzulegen.

Auch das ist von allergrößter Bedeutung. Er kann zeigen, daß er ein Mann von Urteil ist und in der Beurteilung des ganzen Komplexes der öffentlichen Interessen seine Aufgabe sieht. Ein jeder trägt den Marschallstab für die leitenden Stellen im Tornister. Der Weg geht hinauf: freie Bahn dem Tüchtigen! Das neue System nimmt den Beamten nichts, es kann ihnen zur Freude und zum Nutzen werden, der Gesamtheit aber zum Wohle. (Beifall.)

Abg. Krohnen (Soz.):

Es ist erstaunlich, wie die Herren von der Rechten sich jetzt auf einmal für die Beamten erwärmen. (Unruhe rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Das ist Stimmungsmache! (Erneute Unruhe rechts.) Wir treten

für die Koalitionsfreiheit und für das Streikrecht der Beamten

ein. Bei den Disziplinargerichten müssen Beamte als Laienrichter zugelassen werden. (Beifall.)

Abg. Allekotte (Z.) erklärt die Meldung der „Deutschen Zeitung" und der „Neuen Westfälischen Volkszeitung", wonach die Vertreter des Zentrums in Beamtenfragen trotz der am 19. Juli angesetzten Behandlung der Beamteninterpellation in der Nationalversammlung schon frühmorgens aus Weimar abgefahren seien, als grundfalsch. Angesichts der Notlage sämtlicher Beamtenkategorien und auch der Beamtinnen halten wir eine durchgreifende Besoldungsreform für erforderlich. Auf die Gefahr hin, Widerspruch bei den Beamten zu finden, erkläre ich als Meinung meiner Fraktion, daß die Beamten ein Streikrecht nicht verlangen dürfen. (Beifall im Zentrum und rechts.) Nur bei Vermeidung von Zersplitterungen können die Beamten auf aussichtsreiche und zufriedenstellende Verhandlungen auch mit der Regierung rechnen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Nemmers (Dem.): Die Nationalversammlung hat sich bemüht, in dem Verfassungswerk, soweit es möglich war, die Wünsche der Beamten zu verwirklichen und vor allem ihre Grundrechte zu sichern. Schon die Tatsache, daß die Streikfrage in den Beamtenkreisen ernstlich ventiliert wird, ist ein bedrohliches Zeichen für die in weiten Beamtenkreisen herrschende Stimmung. Die Besoldungsreform muß schleunigst in Angriff genommen werden, aber es wird dabei nicht bloß auf die Fixigkeit ankommen, sondern auch etwas auf die Richtigkeit. (Beifall und Zustimmung.) Auch mit der Gleichstellung der weiblichen Beamten muß ernst gemacht werden. Sehr viel bleibt noch zu tun in der Frage des **Mitbestimmungsrechts.** Was man der Arbeiterschaft gewährt hat, kann man der Beamtenschaft nicht vorenthalten. (Beifall.)

Abg. Deglerk (Dnat. Vp.): Wenn einmal die Sozialdemokraten wirklich eine Mehrheit bekommen sollten, werden den Beamten auch die Bestimmungen der Verfassung über das Beamtenrecht nichts nützen. Die Not unter den Beamten ist so groß, daß unbedingt einmalige Zulagen gegeben werden müssen. Der Minister Erzberger hat gesagt, die Beamten müssen sich klar sein, daß wir im neuen Reich nicht mehr mit der alten Behäbigkeit leben könnten, als ob die Beamten jemals behäbig gelebt hätten. Zwischen Beamtengehalt und Arbeiterlohn muß eine richtige Abstufung geschaffen werden.

Reichsminister des Innern Dr. David:

Der Vorredner hat dem Minister Erzberger unterstellt, er hätte bei einer Besprechung mit Vertretern der Beamten gesagt, im neuen Reich könne der Beamte nicht mehr mit der alten Behäbigkeit leben. Der Minister hat das nicht gesagt mit Beziehung auf die Beamten, sondern mit der ganz allgemeinen Geltung für die deutsche Bevölkerung. Mir hat der Vorredner unterstellt, ich hätte mit Bezugnahme auf die Regierung von Männern gesprochen, die infolge der Revolution einen Posten erhalten hätten, denen aber die Einsicht in das politische Leben fehle. Auch das ist falsch. Ich habe von Elementen in den Räten gesprochen, die sich niemals mit volkswirtschaftlichen Dingen beschäftigt haben, die Lohnfrage zu einseitig behandeln ohne Rücksicht darauf, daß nicht die Lohnhöhe, sondern

die für den Lohn zu erwerbende Gütermenge

das wesentliche ist. Weiter hat der Vorredner der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie es mit der

Pflicht zur äußersten Sparsamkeit

nicht genau nehme. Diesen Vorwurf weise ich mit der äußersten Entschiedenheit zurück. Nicht die Revolution hat, wie der Vorredner behauptet, den finanziellen Tiefstand herbeigeführt, der die Durchführung der Beamtenbesoldung erschwert, sondern der Krieg. (Lebhafter Beifall.) Endlich hat der Vorredner noch die Behauptung aufgestellt, unter den Mitgliedern der Regierung befänden sich dekorative Figuren, die Gehalt ohne Gegenleistung bezögen. Meines Wissens sind

sämtliche Mitglieder der Regierung mit Arbeit überlastet.

Gearbeitet wird von morgens früh bis abends spät. Feste Arbeitsstunden gibt es nicht. Geradezu naiv und komisch muß es wirken, daß der Redner sich gegen dekorative Figuren wendet, die er bei der alten Regierung unterstützt hat, damals gab es in Preußen

eine dekorative Figur mit der Krone auf dem Kopf,

die ein Jahreseinkommen von 18 Millionen hatte und ebenso war es in den Einzelstaaten. Diese dekorativen Figuren will der Vorredner obendrein noch wieder herstellen (Zustimmung rechts) und ihnen alle Einnahmen wiedergeben. (Erneute Zustimmung rechts.) Er und seine Freunde mögen sich gesagt sein lassen daß heute außerordentlich viel billiger regiert wird als unter dem alten System. (Widerspruch rechts. Anhaltender Beifall links.)

Abg. Düwell (U. Soz.): Auch die heutige Regierung hat, angeblich im Einverständnis mit den Vertretungen der Beamten, ihnen die Koalitionsfreiheit beschränkt.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Vp.): Wie steht der Minister zu dem Streikrecht der Beamten? Meine Partei sowie die Deutschnationalen und das Zentrum lehnen es entschieden ab, weil es sich mit dem Charakter des Beamten nicht verträgt. Die Brücken zur Vergangenheit sind bewußt von diesem Hause abgebrochen worden. Mit neuem Kurs treibt das Reichsschiff einer ungewissen Zukunft entgegen. Eins aber steht fest, wenn jemals gehofft werden kann, daß das Schiff eine gute Fahrt fährt, dann wahrlich nur dann, wenn es gelingt, den alten Geist der alten Beamtenschaft hineinzubringen in die neue Zeit. (Beifall.)

Reichsminister des Innern Dr. David:

Ueber das Streikrecht der Beamten bin ich nicht in der Lage, mich klipp und klar zu äußern. Der Streit muß in den Organisationen der Beamten selber ausgetragen werden. Im übrigen ist ein einzelner Minister gar nicht berechtigt, in bezug auf diese Frage ein endgültiges Urteil abzugeben, weil das Streikrecht mit dem Etatrecht des Parlaments kollidiert.

Eingegangen ist eine Interpellation der Abg. Frau Dransfeld (Z.) unterzeichnet von weiblichen Mitgliedern aller Fraktionen betreffend Maßnahmen gegen den Notstand, in welchem zahlreiche Frauen infolge der wirtschaftlichen Demobilmachung geraten sind.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 7. August, nachmittags 4 Uhr. (Interpellation Dransfeld (Z.). Zweite Beratung der Gesetzentwürfe betr. die Erhebung einer außerordentlichen Kriegsabgabe für 1919 und einer Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.) Schluß 2 Uhr.

Verbandstag der Buchbinder.

Würzburg, 31. Juli.

Vierter Verhandlungstag.

Das Korreferat zur Frage des Rätesystems hielt Czerny-Berlin. Er sagte, was die Gewerkschaften wollten, sei ein verfälschtes Rätesystem, er wolle aber ein revolutionäres Rätesystem, das die Durchführung der Sozialisierung sichere. Mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaft könne man nicht zur Sozialisierung kommen. Die Arbeitsgemeinschaft bedeute den Schutz des Kapitalismus; darum sei es erklärlich, wenn die Arbeiterschaft ihr skeptisch gegenüberstehe. Wir sehen in der Arbeitsgemeinschaft eine Fesselung der Arbeiter in ihrem sozialen Kampf, die Arbeiter wollen das revolutionäre Rätesystem, die Betriebsräte sollen wirtschaftliche, die Arbeiterräte politische Fragen behandeln. Die Rätеorganisation soll keine Konkurrenz der Gewerkschaften sein, in ihr sollen Hand- und Kopfarbeiter zusammengeschlossen sein. Der Redner tritt zum Schluß für die Diktatur des Proletariats ein, mit der allein der Sozialismus durchgeführt werden könne. Er legt eine Resolution vor, die sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes stellt und als eines der wichtigsten Kampfmittel der Arbeiterschaft die Arbeiter- und Betriebsräte bezeichnet.

In der Diskussion kamen die verschiedenen Ansichten über die aufgeworfenen Fragen in sehr ausgedehnter Weise zum Ausdruck. Es wurde betont, daß die Ausführungen des Korreferenten über die Betriebsräte von denen des Referenten nicht wesentlich abweichen. Ueber die Verhältnisse in München während der Rätediktatur gab Mayer-München eine interessante Schilderung. Wir haben, sagte er, von der Diktatur des Proletariats gerade genug und bedanken uns dafür. Die Betriebsräte sind bei uns zu politischen Zwecken mißbraucht worden. Der Generalstreik wurde morgens früh beschlossen, als kaum noch 70 Betriebsräte anwesend waren. Und dann hieß es, die Massen sind für den Generalstreik! Die Diktatur des Proletariats hat sich in der Hauptsache nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die eigenen Klassengenossen gerichtet. (Zuruf des österreichischen Vertreters: Genau wie in Ungarn!) Wir müssen die Diktatur entschieden ablehnen.

Fischer-Frankfurt a. O. erklärt, ein Rätesystem habe nur dann einen Wert, wenn man auch politisch die Macht in den Händen habe. Nachdem wir uns jahrzehntelang die Diktatur des Militärs gefallen lassen mußten, können wir uns auch eine Diktatur der Arbeiter gefallen lassen, die uns zum Sozialismus führen soll. Wenn dieser erreicht ist, fällt auch die Diktatur. Um die Arbeiterschaft für den Sozialismus reif zu machen, brauchen wir die Diktatur.

Mit der Beratung dieses Punktes werden Anträge auf Gründung eines graphischen Industrieverbandes verbunden, für die mehrere Redner eintreten. Der Vertreter des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, Haß-Berlin, erklärte sich grundsätzlich für einen graphischen Industrieverband. Es müsse aber zunächst eine Grundlage für die Einheitlichkeit der Tätigkeit geschaffen werden. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft sei dabei sehr wichtig. Die Buchdrucker würden wohl kaum die Arbeitsgemeinschaft aufgeben wegen des Phantoms des Rätesystems.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution des Korreferenten mit 48 gegen 54 Stimmen abgelehnt und dann eine Entschließung von Kloth mit 57 Stimmen angenommen.

Sie erklärt, daß die Gewerkschaften noch lange Zeit die berufenen Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sind, daß es notwendig ist, die Tarifgemeinschaften zu Reichstarifgemeinschaften auszubauen und durch die Arbeitsgemeinschaften zu erweitern. Weiter erkennt die Resolution die vom Nürnberger Gewerkschaftskongreß aufgestellten Richtlinien an und fordert schließlich ein geschlossenes Zusammenarbeiten der Gewerkschaften der Papiererzeugung und der Papierverarbeitung.

Einstimmig wurde der Vorstand beauftragt, mit den übrigen Verbänden im graphischen Gewerbe Verhandlungen anzubahnen zum Zwecke der Bildung eines graphischen Kartells, eventuell eines graphischen Industrieverbandes.

Gewerkschaftsbewegung

Differenzen im Baugewerbe.

Nach den Vereinbarungen, die beim Abschluß des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe getroffen wurden, sind die Vertragsparteien berechtigt, neue Verhandlungen über die Lohnfrage beim Reichsarbeitsministerium zu beantragen, wenn wesentliche Aenderungen der Lebensmittelpreise eingetreten sind. Die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen berufen sich darauf, daß die Lebensmittelpreise seit den letzten Lohnvereinbarungen gestiegen sind und haben bei mehreren örtlichen Arbeitgeberorganisationen Lohnerhöhungen beantragt.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nimmt diesem Vorgehen der Arbeiter gegenüber eine ablehnende Haltung ein. In formaler Hinsicht erhebt er den Einwand, daß für Anträge auf Lohnänderung nicht die örtlichen Verbände, sondern die beiderseitigen Zentralorganisationen zuständig seien. Die Arbeiter sind dagegen der Meinung, daß die Zentralinstanzen erst dann anzurufen sind, wenn bei den örtlichen Verhandlungen keine Vereinbarung erzielt werden konnte.

Aber auch in materieller Hinsicht lehnt der Arbeitgeberbund die Forderung einer Lohnaufbesserung ab. Er beruft sich auf die kürzlich von der Regierung veranlaßte Senkung der Preise gewisser Lebensmittel zum Beweise dafür, daß Anträge auf Lohnerhöhung zur Zeit nicht begründet seien. In einem Schreiben an die Arbeiterorganisationen sagt der Vorstand des Arbeitgeberbundes, er sei der Meinung, daß Anträge auf Lohnerhöhung zur Zeit bei keiner amtlichen Stelle, vor allem nicht beim Reichsarbeitsministerium, Unterstützung finden werden. Wohl aber könnte bei dem in den nächsten Wochen und Monaten zu erwartenden weiteren Sinken der Preise das durchaus im Allgemeininteresse der Bevölkerung und besonders des Baugewerbes liegende Verlangen nach dem Abbau der jetzigen hohen Löhne auch an amtlicher Stelle Verständnis finden. Die Arbeiterorganisationen sollten deshalb ihre Mitglieder anweisen, den Bogen nicht zu überspannen.

Infolge der Haltung des Arbeitgeberbundes-Vorstandes haben die örtlichen Arbeitgeberorganisationen alle Anträge auf Aenderung der Lohnregelung brüsk abgelehnt. Deshalb sind eine Reihe von Streiks ausgebrochen, für die der Vorstand des Arbeitgeberbundes verantwortlich gemacht werden muß. Die in Frage kommenden Gewerkschaftsvorstände haben beim Reichsarbeitsministerium zentrale Verhandlungen beantragt, um, wenn möglich, eine Verständigung herbeizuführen.

Gegen die Boykottierung der Reichswehrtruppen.

wendet sich der Vorstand des Bauarbeiterverbandes durch folgende Veröffentlichung im „Grundstein":

„Dem Verbandsvorstande sind Klagen zugegangen, daß an einigen Baustellen Mitglieder unseres Verbandes die Arbeit einstellten oder mit Arbeitseinstellungen drohten, wenn ehemalige Sicherheitswehrmänner dort in Arbeit treten würden, ohne Rücksicht auf die Verbandszugehörigkeit der letzteren. Der Verband muß die Gemaßregelten unterstützen, obwohl sie von unseren eigenen Mitgliedern gemaßregelt wurden. Ein derartiger Zustand ist unhaltbar. Unser letzter Verbandstag in Weimar hat beschlossen, daß derartige Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Der zehnte Gewerkschaftskongreß hat beschlossen, daß es entschieden zu verurteilen sei, wenn gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die sich keiner statutenwidrigen Handlung schuldig gemacht haben . . . nach dem Austritt aus den militärischen Verbänden an der Erlangung von Arbeit gehindert werden.

Diese beiden Beschlüsse sind maßgebend für alle Mitglieder unseres Verbandes. Der Verbandsvorstand ist daher verpflichtet, **alle Mitglieder auszuschließen**, die entgegen den Beschlüssen an Maßregelungen von anderen Mitgliedern teilnehmen, weil diese der Reichs- oder Sicherheitswehr angehörten.

Streik der Versicherungsangestellten in den Provisions-Generalagentur- und Maklerbetrieben. Trotzdem der Reichstarif von der großen Mehrheit der Versicherungsbetriebe seit Mai d. J. anerkannt worden ist, weigern sich die im Arbeitgeber-Reichsverband deutscher Versicherungsvertreter organisierten Provisions-Generalagenten und Makler das gleiche zu tun. Die Verhandlungen wurden seit Monaten zwischen den beteiligten Verbänden geführt und sind jetzt gescheitert. Am Sonntag, den 3. August, vormittags 10 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße, nahe dem Hackeschen Markt, eine öffentliche Versammlung aller Angestellten sämtlicher Provisions-Agentur- und Maklerbetriebe statt. — Wir verweisen auf die diesbezügliche Annonce in der heutigen Abend- und in der Sonntagmorgenausgabe.

„Der Berliner Angestellte". Unter diesem Titel gibt die Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen jetzt ein eigenes Ortsorgan heraus. Die stetig wachsende Mitgliederzahl und die daraus erwachsende Fülle der Aufgaben machen schon heute das Erscheinen dieses Blattes notwendig, das ursprünglich erst für Anfang Oktober in Aussicht genommen war. — Zum 1. Oktober 1919 wird der Verband der Bureauangestellten sich mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen verschmelzen. Der gemeinsame Verband wird die Bezeichnung „Zentralverband der Angestellten" führen.

Werkmeister in Buchbindereien und Buchdruckereien. Sonntag, 3. August, vorm. 10 Uhr, Versammlung im „Schultheiß", Neue Jakobstr. 23. Bericht über die Tarifverhandlungen.

Holzbildhauer. Montag, den 4. August, 5 Uhr, im „Fürstenhof", Köpenicker Str. 138, Branchenabend. Tagesordnung: Der Aufbau des Organisationswesens im Deutschen Holzarbeiter-Verband. Referent Karl Böse. Verschiedenes.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

R. F. 2. Pankow. Die laufenden Teuerungszulagen für Angestellte und Arbeiter werden dem steuerpflichtigen Einkommen zugerechnet. — **W. M. 3.** Die Unterzeichnung des Ihnen zugegangenen Schriftstückes empfiehlt sich, sofern Sie darauf Gewicht legen, daß Sie die bisherigen Gebühren bis zur Entscheidung auf Ihren Renterbetrag weiterbeziehen. Bei der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2, ist ein Führer durch das Einkommensteuergesetz erhältlich zu billigem Preise. — **P. 365.** Die Auszahlung des Sparguthabens nach Ablauf der Kündigungsfrist ist zu erwarten. — **W. F. 1.** Die Verordnung über den Achtstundentag hat Gesetzeskraft. Wegen Nichtinnehaltung kann bei der Ortspolizeibehörde Anzeige erstattet werden.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag: Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt, bei ziemlich schwachen westlichen Winden. Im Norden an der Küste öfters wiederholte, im Süden mehr vereinzelte und meist geringe Regenfälle. In den Tagesstunden mäßig warm, später wieder etwas kühler.

Verantwortlich für Politik: Artur Zickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

JANDORF

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Nudelrolle 1.95

1 Balkonkasten 1.95

6 Eierbecher Porzellan mit bunter Linie 1.95

4 Einmachegläser 1.95

1 Limonadenglas und 1 Zitronenpresse 1.95

1 Butterglocke, verschiedene Muster 1.95

6 Likörkelche 1.95

1 Kaffeetasse Porzellan mit Untertasse, reiche Blumenverzierung 1.95

Wirtschafts-Artikel

1 Kartoffelstampfer 1.95
1 Fleischbrett 1.95
1 Stiefelknecht 1.95
8 Kleiderbügel 1.95
1 Schock Klammern 1.95
1 Müllschaufel 1.95
1 Kohlenschaufel 1.95
1 Herdanzünder und 3 Ersatzsteine mit Schraube 1.95
1 Deckelhalter 1.95
1 Reibeisen 1.95
1 Ringständer 1.95
1 Scheuerbürste 1.95
1 Leistenbürste 1.95
1 Staubwedel 1.95
2 Eßlöffel (Aluminium) 1.95
3 Teelöffel (Aluminium) 1.95
1 Gebäckkasten 1.95

1 Wasserkessel Emaille 1.95

1 Milchkanne Emaille 1.95

1 Kuchenteller, verschiedene Ausführungen 1.95

Weiß-Porzellan

2 Obertassen mit Untertassen, verschiedene Formen 1.95
3 Kompottschalen 1.95
2 Abendbrotteller 1.95
3 Kompotteller 1.95
1 Bratenplatte 1.95
2 Mokkatassen mit Untertassen 1.95

Bunt-Porzellan

1 Aschenschale reich dekoriert 1.95
2 Kaffeebecher mit verschiedenen Dekorationen 1.95
2 Obertassen große Form, reich verziert 1.95
1 Nippes Blumenmuster 1.95

Emaille

1 Butterdose 1.95
1 Essenträger 1.95
1 Schöpflöffel 1.95
4 Kinderbecher 1.95

Parfümerien

1 Flasche Mundwasser
1 Paket Zahnpulver } zusammen 1.95
1 Flasche Lavendelwasser 1.95
1 Rasiernapf mit Pinsel 1.95
6 Rasierklingen 1.95
1 Paket enthaltend 10 Stück Damenbinden 1.95

1 Salatschüssel, verschiedene Muster 1.95

Glas

1 Wasserflasche verschiedene Formen 1.95
1 Rumflasche 1.95
2 Glasschalen, oval 1.95
6 Wassergläser 1.95

Steingut

2 Kaffeetassen mit Untertassen und Rand 1.95
4 Kaffeetassen mit Untertassen 1.95
4 Milchbecher 1.95
2 Kaffeebecher 1.95

Schreibwaren

1 Briefblock
50 Umschläge } zusammen 1.95
1 Kassette Briefpapier gute Qualität 1.95
100 Bogen Briefpapier 1.95
1 Tischläufer hübsch gemustert und
12 passende Mundtücher } zusammen 1.95
1 Postkartenalbum in geschmackvoll. Einband 1.95

1 Zuckerdose Porzellan m. breit. Rosenkante 1.95

1 Obstschale 1.95

1 Backform 1.95

2 Milchtöpfe Porzellan mit Goldrand 1.95

2 Kindertassen mit Untertassen in verschied. Dekoren 1.95

1 Wasserflasche m. Glas, schwer. Pressboden 1.95

1 Kammkasten 1.95

1 Eierservice mit Tablett, 8 Teile 1.95

4 Kaffeebecher mit Kinderbildern 1.95

1 Milchtopf Porzellan mit breiter Rosenkante 1.95

1 Maschinentopf Emaille 1.95

1 Gazeglocke 1.95

2 Milchtöpfe Porzellan m. Ausguß 1.95

Die Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung.

Von Adolf Rupprecht.

Die Forderung nach einer Sozialisierung der Lebensmittelversorgung ist zweifellos volkstümlich. Daß dem so ist, braucht den nicht zu wundern, der mit kritischen Augen die heutige Organisation der privaten Lebensmittelversorgung betrachtet und die Schäden berechnet, die durch eine unsinnige und überlebte Wirtschaft aufgebürdet werden. Der Verbraucher spürt auf keinem Gebiet die Lasten einer verkehrten Wirtschaft so unmittelbar und vielseitig wie in der Beschaffung der Lebensmittel, die tagtäglich in Dutzenden von Einzelfällen dem Haushaltungsvorstand fühlbar werden. Es ist darum auch zu verstehen, daß die Konsumgenossenschaften durch ihre gemeinwirtschaftliche Tendenz, unterstützt durch technisch vollkommene Einrichtungen, in wenigen Jahrzehnten einen ungeahnten Aufschwung nehmen konnten. Die Kriegswirtschaft mit ihren unliebsamen Begleiterscheinungen, dem Wucher und dem Schleichhandel, trug weiter dazu bei, in der Verbraucherwelt die Forderung nach einer besseren, technisch vollkommeneren, Wucher und Uebervorteilung ausschließenden Organisation der Lebensmittelversorgung, mit Nachdruck zu erheben. Das Verlangen nach einer Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung findet darum auch heute überall in den Verbraucherkreisen weitgehende Unterstützung. Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung kann schon der öffentlichen Meinung halber an diesen Wünschen nicht vorübergehen, sondern muß versuchen, einen Weg zu der gemeinwirtschaftlichen Lebensmittelversorgung zu finden.

Der Zweck der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung soll nicht die Verwirklichung einer Theorie um ihrer selbst willen sein. Vielmehr muß eine derartige wirtschaftliche Umgestaltung einen praktischen Vorteil für die Verbraucher bringen. Kann nicht eine wesentliche Verbilligung der Lebensmittelversorgung durch die Sozialisierung eintreten, so würde die Zahl der Anhänger dieser Forderungen sich rasch wieder vermindern und man würde den alten Zustand herbeizuführen suchen. Es fragt sich darum: Worin liegt der Nachteil der heutigen privatwirtschaftlichen Organisation der Lebensmittelversorgung und wie kann durch eine gemeinwirtschaftliche Neugestaltung eine Verbesserung erreicht werden.

Die Ausbreitung der privaten Lebensmittelbetriebe gründet sich auf der Gewerbefreiheit, die es jedwedem Staatsbürger überläßt, sein Einkommen als Händler, Kaufmann oder in einem sonstigen Beruf der Lebensmittelbranche zu suchen. Zahllose Existenzen haben sich im Laufe der Zeit als Kleinproduzenten, Händler, Krämer, Budiker, Agenten, Reisende, Spediteure, Großhändler usw. in der Bearbeitung von Lebensmitteln und im Lebensmittelhandel und -vertrieb, ein mehr oder minder reichliches Brot zu sichern gewußt. Dem nüchtern denkenden Volkswirt mußten freilich mit der Zeit allerlei ungesunde Erscheinungen zu starken Bedenken Anlaß geben. Wer heute durch die Straßen einer Stadt wandert, wird sich häufig die Frage vorlegen, ob es volkswirtschaftlich schon bisher notwendig war und ob es dem durch den Krieg verarmten Deutschland in Zukunft möglich sein wird, ruhig zuzusehen, wie eine grenzenlose Zersplitterung im Kleinhandel sich breit gemacht hat. In den Verkehrsstraßen der Städte liegen Haus an Haus unzählige Läden dicht nebeneinander: Kolonialwaren-, Gemüse-, Brot-, Fleisch-, Feinkosthandlungen, Zigarrengeschäfte usw. usw. ohne Zahl. Nicht zu vergessen zahllose Straßenhändler, die durch den Krieg und seine Folgen auch nicht weniger geworden sind. Von irgend einem organischen Zusammenhang mit dem Bedürfnis der Verbraucher oder von einer volkswirtschaftlichen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit kann keine Rede sein. Der einzelne Verbraucher deckt seine Einkäufe auch durchaus nicht in dem ihm nächstliegenden Brot-, Gemüse- oder sonstigen Laden, sondern er kauft entweder heute hier und morgen dort oder er besucht regelmäßig oder für längere Zeit einen Händler, der ihm aus irgend einem Grunde, der durchaus nicht immer in der Leistungsfähigkeit besteht, am angenehmsten dünkt. Die meisten dieser Läden arbeiten mit recht geringen Umsätzen. Würde man einmal umrechnen, wieviel Verkaufsläden im Verhältnis zu der Zahl der Haushaltungen einer Stadt vorhanden sind, dann würden erschreckende Ziffern herauskommen. In einzelnen Städten hat man festgestellt, daß auf 25 und weniger Haushaltungen ein offener Laden kommt. Es muß also von einer so geringen Anzahl von Haushaltungen eine Ladenmiete bezahlt und der mit dem Laden sonst verbundene Aufwand an Gehalt und Einkommen für Inhaber und Angestellte, für Licht, Heizung, Dekoration, Reklame, Reinigung usw. aufgebracht werden. Die Folgen sind ganz selbstverständlich, daß der Aufschlag auf die Engrospreise ein unvernünftig hoher sein muß. Ob nun die Uebervorteilung und Belastung des Käufers im Preis, in der Qualität, im Gewicht oder in anderen Eigenschaften der gekauften Waren zum Ausdruck kommt, ist an sich gleichgültig. Auf jeden Fall liegt in dieser Art der Dezentralisation eine ganz ungeheuerliche Belastung der Allgemeinheit, die sich auch kein wohlhabendes Volk gefallen lassen dürfte, die sich aber ein Volk, das die Lasten eines verlorenen Weltkrieges zu tragen hat, keinesfalls mehr leisten darf. Zu dieser Zerrissenheit und unrationellen Wirtschaftsweise der Warenverteilung kommt die Produktion von Lebensmitteln in unzähligen, unwirtschaftlichen, häufig auch unhygienisch eingerichteten Kleinbäckereien, Kleinschlächtereien und ähnlichen Betrieben. Es muß darum einleuchten, daß an Stelle dieser wirtschaftlich ungesunden Zustände eine rationellere Betriebsweise treten muß.

Die Aufgabe für eine sozialisierte Lebensmittelversorgung läge also darin, daß nicht mehr planlos nach freier Wahl von Privatpersonen unzählige Lebensmittelproduzenten und Lebensmittelhändler durch die Allgemeinheit erhalten werden müssen, sondern es muß von einer Stelle aus eine planmäßige Organisation des Großbezugs, der Produktion und der Verteilung getroffen werden. Damit, daß eine Kommune, wie es eine große Vorstadtgemeinde Berlins beschlossen hat, den Großhandel organisiert, ist die Sache nicht erledigt. Der Nutzen des Großhändlers mag reichlich sein, im Verhältnis zur ganzen Lebensmittelversorgung ist er gering und spielt nur eine untergeordnete Rolle. Damit soll nicht gesagt werden, daß nicht auch der Großhandel bezw. der Großbezug von Lebensmitteln auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage organisiert werden kann bezw. muß. Aber die eigentliche Aufgabe liegt nicht auf diesem Gebiete.

Die landläufige Auffassung wäre nun die, daß die Gemeinden die Erzeugung bezw. die Verteilung von Lebensmitteln in eigenen Produktionsstätten bezw. in Gemeindeläden zu bewirken haben. Sobald man an die Verwirklichung dieser Idee herantritt, zeigen sich nicht geringe Schwierigkeiten. Bei der Sozialisierung des Verkehrswesens und des Bergbaues hat man es mit großindustriellen Einrichtungen zu tun und die Auseinandersetzung bei Uebernahme dieser Betriebe in gemeinwirtschaftliche Regie ist mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Interessentenzahl nicht übermäßig schwierig. Bei der Ueberführung der Lebensmittelversorgung in den Gemeindebetrieb zeigt sich jedoch die Notwendigkeit, zahllose Existenzen, die bisher auf diesem Gebiet ihr Brot fanden, abzulösen und entweder als Gemeindeangestellte zu übernehmen oder schadlos zu halten. Je nach der Größe der Gemeinden wären Dutzende, Hunderte oder auch Tausende von kleinen Bäckern, Fleischern, Gemüsehändlern, Kolonialwarenhändlern, Inhabern von Spezialgeschäften mit Feinkost, Butter, Kaffee usw. abzufinden. Der Vorteil der gemeinwirtschaftlichen Lebensmittelverteilung bezw. Produktion liegt ja nun darin, daß an Stelle der planlosen Dezentralisation eine gut organisierte planmäßige und rationelle Einrichtung gesetzt wird. Wo bisher hundert kleine Bäcker in hundert Kleinbäckereien Arbeitskraft, Arbeitsmaschinen, Räume, Licht und Heizung nur unvollkommen ausnutzen konnten, soll nunmehr ein moderner, technisch vollkommener Großbetrieb entstehen. Wo bisher tausend Händler mit wenigen Dutzend festen Kunden Raum, Kraft und Aufwand verschiedenster Art verschwendeten, sollen der zehnte oder auch vielleicht nur der zwanzigste Teil große, luftige, modern eingerichtete Läden von der Kommune erhalten werden. Es werden also je nach der Größe der Gemeinde hunderte oder tausende von Existenzen beiseite geschoben. Mit ihrem geschäftlichen und familiären Anhang, zu dem sich zahlreiche Hausbesitzer gesellen, sind sie von vornherein auch erbitterte Feinde der Kommunalisierung und ihre wirtschaftliche Schadloshaltung stellt eine nicht geringe Belastung dieser neuen Gemeinwirtschaft dar. Es muß untersucht werden, ob die Verbesserung der Technik und die rationellere Wirtschaft der gemeinwirtschaftlichen Neueinrichtung es vermag, einen Ausgleich für diese Lasten zu schaffen.

Die gemeinwirtschaftliche Organisation soll aber nicht nur das Gleiche bieten wie bisher, sondern soll eine nennenswerte Verbesserung für die Verbraucher darstellen. Der Vorteil muß fühlbar sein. In der Abgabe von kleinen Mengen Lebensmitteln kommen diese Vorteile naturgemäß nur in Pfennigen bezw. in der Qualität zum Ausdruck. Zeigt die Neueinrichtung schädigende Begleiterscheinungen, starke Belastung oder Reibungsflächen mit einem großen Teil der Gemeindebürger, so könnten diese Vorteile leicht verschwinden und die Gegnerschaft stärken. Das kann auch politisch recht unangenehme Wirkungen zeigen. Eine nicht rationelle gemeinwirtschaftliche Lebensmittelversorgung müßte naturgemäß bei den nächsten Gemeindewahlen zum Ausdruck kommen. Die Gegner der Kommunalisierung würden aus den Kreisen der unzufriedenen Verbraucher starken Zuzug erhalten und in sehr vielen Städten würde ein Mißerfolg auf diesem Gebiete dahin führen müssen, daß bei späteren Wahlen die Gegner der Kommunalisierung das Rathaus beherrschten. Abbau der Gemeinwirtschaft und Wiedereinführung des freien Handels bis zur nächsten Aenderung der politischen Machtverhältnisse wäre die Folge. Es entstände ein wahrhaft unerträglicher Zustand.

Diese nur ganz kurze, keineswegs erschöpfende Darstellung der Schwierigkeiten der Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung zeigt, daß eine Sozialisierung, die nicht eine Industrialisierung des betreffenden Wirtschaftszweiges zur Voraussetzung hat, bei der also die Ablösung von zahlreichen Zwergbetrieben erforderlich wird und bei der gleichzeitig unzählige von Einzelinteressenten in Frage kommen, wesentlich schwieriger ist wie die Sozialisierung der Bergwerke und anderer Großbetriebe. Man muß darum auch die Frage aufwerfen, ob dieser Weg überhaupt gangbar ist und ob eine Kommunalisierung der Lebensmittelversorgung in dieser Form an sich heute schon zweckmäßig und durchführbar erscheint.

Gemeinwirtschaftliche Organisationen für die Lebensmittelversorgung gab es schon vor der Revolution in Gestalt der Konsumvereine. Sie waren auf dem besten Wege sich durch ihre in hochentwickelter Technik begründete Leistungsfähigkeit und in gleichem Maße durch die überzeugende Kraft genossenschaftlicher Ideen, das Vertrauen der Verbrauchermassen zu erwerben. Es wäre durchaus naheliegend, diese vorhandenen Einrichtungen auszubauen bezw. ihnen es zu überlassen, eine allmähliche Entwicklung gemeinwirtschaftlicher Lebensmittelversorgung anzustreben. Damit würde ein organisches Hineinwachsen in die Gemeinwirtschaft möglich, ohne die üblen Begleiterscheinungen, die bei einer schnellen von oben dekretierten Sozialisierung der Lebensmittelversorgung zu erwarten wären.

Ueber die Art, wie der Einfluß der Gemeinden in den Konsumgenossenschaften zur Geltung gebracht werden könnte, und wie durch eine Zusammenarbeit zwischen Gemeinde und Konsumgenossenschaft eine rasche Förderung der gemeinwirtschaftlichen Entwicklung möglich ist, wären besondere Ausführungen notwendig. Soviel mag indessen heute gesagt sein, daß die Uebertragung der Lebensmittelversorgung auf die Gemeinden eine Fülle von wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten birgt, und daß es andererseits unverantwortlich wäre, wollte man die konsumgenossenschaftlichen Einrichtungen und Erfahrungen dabei unbeachtet übersehen.

Erleuchtung.

29] Roman von Henri Barbusse
Verdeutscht von Max Hochdorf.

9. Kapitel: Der Sturm.

Eines Juliabends standen wir vor der Haustür. Da sagte Benoit: „Wir werden Krieg haben.“

Crillon war auch da, und er sagte: „Ich weiß wohl, einmal werden wir Krieg haben, denn Krieg führt man seitdem die Welt Welt ist, und folglich wird man wieder Krieg führen. Aber jetzt, gleich so diese riesige Geschichte? Quatsch. Das ist ja nicht wahr!“

In Ruhe gingen einige Tage hin. Sie ähnelten den übrigen Tagen. Dann tauchte die große Neuigkeit wieder auf, sie wurde bestimmter und allgemein wiederholt: Oesterreich, Serbien, das Ultimatum, Rußland. Bald war der Gedanke an den Krieg überall. Er zerstreute und lähmte die Menschen, die ihre Arbeit suchten. Man ahnte den Krieg hinter den Türen und Fenstern der Häuser.

Eines Sonnabend abends wußten Marie und ich weder aus noch ein, wie die meisten Franzosen auch, und wir sprachen ins Leere hinein. Da hörten wir plötzlich den Austrommler der Stadt, der bei uns noch wie in einem Dorfe herumzugehen pflegte.

„Ach!“ sagte Maria, nichts weiter. Wir gingen aus. Und von rückwärts sahen wir diesen Mann, der dort die Trommel schlug. Seine Bluse war aufgebläht. Es war, als wenn ihn der Wind in die Flanken stieße, und er wollte sich jetzt in den Sommerabend hineinrecken, um seinen dumpfen Trommelwirbel zu schlagen. Obwohl man ihn schlecht sah und auch kaum hörte, ließ er doch die Spur von etwas ungewohnt Großartigem hinter sich auf seinem Wege.

Bei einer Gruppe, die in einem Winkel stand, sagte man: „Das ist die Mobilisation!“

Kein anderes Wort war hörbar. Ich ging von Trupp zu Trupp, um mir eine Meinung zu bilden. Aber die Menschen gingen heimwärts und ihr Gesicht war verschlossen und sie hoben wie leblos die Arme zum Himmel empor. Jetzt wußte man wohl, woran man war, aber man wußte noch ebenso wenig, was man denken sollte.

Wir kehrten heim. Der Hof, der Flurweg, unser Zimmer. Dann sagte ich zu Maria: „Am 9. Mobilisationstag muß ich ausrücken. Also morgen in 8 Tagen in meine Kaserne nach Motteville.“

Sie konnte es noch nicht glauben und sah mich nur an. Ich holte aus dem Glasschrank mein Militärbuch. Ich legte es auf den Tisch, ich öffnete es. Wir standen dicht eines neben dem anderen und betrachteten die rote Seite, auf der die Frist für meinen Aufbruch eingezeichnet war. Wir buchstabierten uns zusammen, was dorten zu lesen stand, wie wenn wir eben erst das Lesen gelernt hätten.

Tags darauf und auch die folgenden Tage stürzte sich alles in Massen auf die Zeitungen. Man las in den Blättern, die wohl verschiedene Aufschriften trugen, aber alle einen gleichen Inhalt aufwiesen, daß Frankreich von einem großen allgemeinen Schwung elektrisiert werde. Und auch wir, die wir doch nur eine kleine Menge waren, wir auch fühlten uns fortgerissen von einem Aufzucken der Begeisterung und Entschlossenheit. Man blickte sich in die Augen, die Augen leuchteten, man war einig in Brüderlichkeit. Auch ich rief aus: „Endlich!“

All unsere Vaterlandsliebe stieg ans Licht empor. Die Stadt geriet in Fieber. Ueberall Erörterungen, man stellte allgemeine Betrachtungen an, man stellte allgemeine Sittengesetze auf. Der Widerhall der vagen und winzigen Nachrichten hallte in uns nach. Die Offiziere, die durch die Straßen gingen, waren in der allgemeinen Achtung emporgestiegen, sie waren wieder zu ihrem Range gelangt. Man meldete, daß Major Trancheaux wieder eingetreten sei trotz seines Alters. Die deutschen Armeen hätten uns an drei Stellen zugleich angegriffen. Man fluchte auf den Kaiser. Man freute sich auf seine baldige Bestrafung. Bei alledem war Frankreich wie ein einziges Lebewesen anzusehen. Und man dachte an das großartige Leben dieses Geschöpfes, das sich plötzlich unverhüllt und klar vor allen Augen zeigte.

Crillon sagte: „Na, der Krieg war doch vorauszusehen. Vielleicht nicht?“

Herr Joseph Boneas faßte das Weltdrama nach seinem Sinne zusammen und sagte: „Wir waren alle friedensselig bis zum Blödsinn. Wir waren lauter kleine Heilige. Niemand in Frankreich sprach mehr von der Revanche. Niemand wollte mehr Revanche. Niemand dachte etwa daran, sich auf einen Krieg vorzubereiten. Wir hatten alle im Herzen den Traum vom allgemeinen Weltenglück und vom Menschenfortschritt. Unterdessen hat Deutschland alles im Stillen angezettelt, um sich auf uns zu stürzen.“ Nun kam auch er in Hitze, und er fügte hinzu: „Ha, man wird ihnen schon ordentlich eins aufdreschen! Und damit basta!“

Die Ruhmbegierde schwoll an. Schon sah man irgendwelche Erneuerung einstiger Napoleonischer Zeiten.

In diesen Tagen folgte sich nur Morgen und Abend in ihrem gewöhnlichen Wechselgang. Alles Uebrige war umgestürzt und der Unbeständigkeit ausgeliefert. Die Arbeiter wogten und redeten in ihrer Einöde des Müßigganges herum. In den Tälern und sogar am Himmelsgewölbe waren Veränderungen sichtbar, deren eigentliche Ursache doch wieder niemand sah. Am Abend rückten die Kürassiere aus ihrer Stadtkaserne. Hinter dichten Scharen der jungen Reitersleute folgten die Lastpferde und die Regimentswagen und die Bagagefuhren, und all dieses feierliche Durcheinander hämmerte mächtig auf das Pflaster und alles das dröhnte ohne Ende. Man stand auf den dunklen Straßen Spalier. Man blickte all der Schaubuntheit nach, die in die Ferne hinauszog. Dann ein neues Aufschwellen des Beifalls und der Begeisterung. Mann und Reiter richteten sich empor, und es bebte in ihnen und sie wuchsen aus sich heraus, als wenn sie schon siegreich zurückkehren.

Maria war heftig erregt, sie drückte mir den Arm mit aller Kraft und sagte: „Das ist prächtig, wie man in Frankreich auf den Krieg gestimmt ist!“

Und immer mehr Menschen zogen hinaus, einzeln und in geordnetem Trupp. Nach festem Plan und unvermeidlicher Ordnung wurden sie alle ihrem Schicksal ausgeliefert. Manchmal geleiteten die Gendarmen den ausmarschierenden Schwarm. Das grub mächtig in die Menge des Volkes hinein. Spärlicher und stiller wurde es von Tag zu Tag um die zurückbleibenden Frauen.

Und überall wurde das Durcheinander noch wilder. All die so sorgsam vorausbedachten Maßregeln, alles das, was so tüchtig ineinander griff, alles das, was so kunstvoll aufgebaut war, es griff ineinander, es kam zur Entfaltung. Ueber die alten Maueranschläge wurden die neuen geklebt. Tiere und Gebäude wurden in Anspruch genommen und aufgeboten. Die einzelnen Kommissionen traten in Tätigkeit. Gold rollte bei Auszahlungen. Der wichtige und gewaltig grollende Sturm der Automobile raste, die mit Offizieren und vornehmen Krankenpflegerinnen besetzt waren. So viele Lebensschicksale wurden umgestülpt, so viele Gewißheiten wurden in ihrem Strom zerschnitten und zerbrochen. Aber die Hoffnung stand blendend hell vor allen Sorgenden, und die Leere, die hie und da gerissen wurde, sie wurde sogleich mit dem neuen Leben ausgefüllt. Und man bewunderte die Schönheit der soldatischen Ordnung und die Kriegsbereitschaft der französischen Republik.

(Forts. folgt.)

Groß-Berlin

Die Kohlennot im kommenden Winter.

In einigen Tagen dürften die gegenwärtig noch im Fluß befindlichen Verhandlungen mit der Entente über die ungeheuren Abgaben an Kohlen beendet sein. Selbst wenn jedoch an Deutschland einige Erleichterungen zugestanden werden, sind die Aussichten auf die Kohlenversorgung für Groß-Berlin, wie an zuständiger Stelle mitgeteilt wird, doch recht trübe. Man muß damit rechnen, daß die Hausbrandlieferung, die schon im letzten Winter ungenügend war, noch weiter eingeschränkt wird, und daß die Privathaushaltungen in noch stärkerer Weise als dies 1918 der Fall war, zu Ersatzbrennstoffen greifen müssen. Da die Privathaushaltungen vielfach nicht in der Lage sind, sich schon jetzt Vorräte an Torf oder Holz hinzulegen, haben die Gemeinden von den zuständigen Kohlenverteilungsstellen den Rat erhalten, Holz- und Torfläger einzurichten, um der Bevölkerung, wie dies notwendig sein wird, Zuschüsse gewähren zu können. Die Frage, ob sich der Betrieb der Gasanstalten in der bisherigen Weise durchführen läßt, ist noch durchaus offen und man wird mit einer Verschärfung der Gassparstunden rechnen müssen. Die Kohlenstelle Groß-Berlin will allerdings den berechtigten Wünschen der Verbraucher nach Möglichkeit entgegenkommen, doch ist lediglich damit zu rechnen, daß eine Verschiebung der Gassperrstunden eintritt. Man ist vor allem bemüht, den einzelnen Werken Vorräte zu sichern, um bei plötzlich eintretenden Störungen in der Zufuhr gegen Ueberraschungen gesichert zu sein. Etwas günstiger sieht die Belieferung mit elektrischem Strom in Berlin aus. Man hat in der Erkenntnis, daß der Winter uns große Schwierigkeiten bringen wird, mit den Kraftwerken Golpa-Zitterfeld verhandelt, die durch ihre Braunkohlengruben von der Steinkohlenbelieferung unabhängig sind, und den Anschluß eines Teils der Berliner Elektrizitätswerke an das Zitterfelder Werk erreicht. Hierbei sind jedoch noch Schwierigkeiten zu überwinden, da infolge des Rohstoffmangels die Beschaffung der elektrischen Kabel usw. zur Verbindung der Werke untereinander bis jetzt nicht überall möglich war. Es erscheint noch fraglich, ob bis zum Eintritt der kalten Jahreszeit die angefangenen Arbeiten beendet sein können.

Die Brennstoffknappheit.

Wie wir erfahren, ist die Knappheit an Betriebsstoffen für Verbrennungsmotore augenblicklich so groß, daß auch die rigorosesten Maßnahmen der amtlichen Stellen eine Besserung nicht herbeizuführen vermögen. Die alten, noch aus dem Besitz der Heeresverwaltung stammenden Bestände sind durch falsche Bewirtschaftung und durch die unlauteren Ankäufe der Schleichhändler restlos verbraucht. Selbst „hintenherum" kann man augenblicklich nur noch ganz geringe Quantitäten Benzol zu Preisen von 4 bis 5 M. erhalten. Eine Besserung der Lage im Inlande ist kaum zu erhoffen. Dagegen werden wir in einigen Wochen bereits ausländisches, und zwar amerikanisches Benzol und Reinbenzin erhalten. Die Regierung hat einigen großen Firmen, die vor dem Kriege schon ausländisches Erdöl einführten, die Genehmigung zum Import erteilt. Die vom Ausland eintreffenden Oele und Fette pflanzlichen Ursprungs sollen bis auf weiteres der Margarinefabrikation zugeführt werden und kommen deshalb für den freien Handel nicht in Frage. Nach Ansicht der Reichsstellen dürfte die Bewirtschaftung dieser mineralischen und pflanzlichen Oele noch mindestens zwei Jahre dauern. Es ist daher auch nicht möglich, das allgemein so begehrte Olivenöl dem Handel zuzuführen.

Gegen die Festhaltung der Kriegsgefangenen.

Die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Berlin, hielt am Mittwoch eine von 1500 ehemaligen Kriegsgefangenen besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach einem Vortrag des Bundesvorsitzenden Kameraden Barsant wurde der Vorstand einstimmig ersucht, folgenden Hilferuf an den Internationalen Sozialistenkongreß in Luzern (Schweiz) zu Händen der Herren Wels, Haase und Branting zu richten:

„Die organisierten ehemaligen Kriegsgefangenen ganz Deutschlands, die nicht als Letzte zur internationalen sozialistischen Bewegung gehören, bitten in letzter Stunde den Internationalen Sozialistenkongreß, seine Stimme zugunsten der 800 000 deutschen Nichtkriegsgefangenen zu erheben. Als ehemalige Kriegsgefangene wissen wir, welch unerbittlichen Leiden die Gefangenschaft mit sich bringt. Das furchtbarste aller Leiden ist die Ungewißheit, wann die Stunde der Befreiung schlagen wird. Laut Friedensvertrag soll der Abtransport der Kriegsgefangenen nach der Ratifikation des Vertrages durch drei Großmächte beginnen. Diese Ratifikation ist vor Ende August nicht zu erwarten. Seit mehreren Wochen befindet sich eine deutsche Abnahmekommission, die die Vorarbeiten zum Abtransport in die Hand nehmen soll, völlig untätig in Versailles, da die zur Mitarbeit bestimmte Ententekommission ihre Arbeit trotz mehrfacher Bitten nicht beginnt. In Sibirien befinden sich 50 000 Gefangene, deutscherseits ist eine Kommission bestimmt, die den Abtransport dieser Arbeitsbrüder regeln soll. Die Kommissionsmitglieder sind zur Abfahrt nach Sibirien bereit. Sie warten seit Monaten auf das Visum ihrer Pässe.

800 000 Kriegsgefangene, die Aermsten der Armen, richten sehnsüchtige Blicke auf den internationalen Sozialistenkongreß und erhoffen von ihm, daß er seine Macht zu ihrer Befreiung einsetzen wird. Der Dank dieser 800 000 Kriegsgefangenen für eine derartige Tat des internationalen Sozialistenkongresses wird in der Förderung und Verbreitung der internationalen Sozialistenbewegung seinen Ausdruck finden."

Der Fall Marx und das journalistische Berufsgeheimnis.

Wie bereits gemeldet, ist der Zentralbeamte des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten auf Veranlassung des Staatsanwalts festgenommen worden. Die Inhaftierung des Bankbeamtenführers Marx erfolgte, weil ein Journalist über das Erscheinen des flüchtigen Bankbeamten Emonts in einer Versammlung und die Sperrung des Saales durch die Versammlungsleitung unter Berufung auf das Berufsgeheimnis einen Teil seiner Aussage zu machen sich geweigert hat und seine Aussage zunächst von der Einwilligung Marx abhängig machte. Marx ist jedoch ebenso wie sein Verteidiger der Auffassung, daß seine Genehmigung zu der Aussage des betreffenden Herrn nicht erforderlich sei, weil ein Journalist selbst die Entscheidung zu treffen habe, ob er das Berufsgeheimnis wahren solle oder nicht. Deshalb besteht auch nach Ansicht der Verteidiger keine Verdunkelungsgefahr und der Verteidiger Dr. Frey hat eine dringende Beschwerde gegen die Verhaftung beim Landgericht I eingebracht. Die Strafkammer hat sich bei der Beurteilung der Beschwerde mit einem eigenartigen Fall zu beschäftigen, da der Staatsanwalt und das Amtsgericht die Meinung vertreten, daß ein Journalist, der einen Teil seiner Aussage nicht machen will, dies nur deshalb tut, um den Angeklagten nicht zu belasten.

Zu diesem Bericht des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten erfahren wir, daß die Staatsanwaltschaft ein Gutachten des Reichsverbandes der Deutschen Presse einholen will, ob ein Journalist, dem in dieser Eigenschaft Mitteilungen von dem Verhafteten gemacht worden sind, diese Aeußerungen als dienstlich und deshalb unter das Berufsgeheimnis fallend betrachten und er deshalb seine Aussagen vor dem Untersuchungsrichter verweigern kann.

Umfangreiche Diebereien im Zentralviehhof.

Das Wachtkommando der Wachtabteilung der Kommandantur, das im Zentral-Vieh- und Schlachthof stationiert ist, sieht sich täglich genötigt, Leute festzunehmen, die versuchen, Fleisch und Fett zu entwenden. In der Hauptsache wurden Fleisch- und Fettmengen in Paketen, Handtaschen und Körben beschlagnahmt, die dort beschäftigte Leute beim Verlassen des Schlachthofes mit sich führten. Mehrfach wurden aber auch Fuhrwerke der Schlächter zur Wegschaffung der Diebesbeute benutzt. Daß ganze Hammel, halbe Schweine, Schinken und Speckseiten von den Patrouillen beschlagnahmt und der Schlachthofdirektion wieder zugeführt werden, kommt fast täglich vor. Es wurde ferner festgestellt, daß die Verwaltung beim Zurückwiegen der Fleisch in Empfang nehmenden Fuhrwerke um erhebliche Gewichtsmengen betrogen wurde, indem Leer- und Vollgewicht durch Beiseiteschaffung der Kutscherböcke zugunsten der Schlächter verändert wurde.

Der Teltower Landrat gegen das Kartoffelhamstern.

Anläßlich der Kartoffelnot, von der Berlin im Gegensatz zu anderen Landesteilen betroffen ist, erläßt der Landrat des Kreises Teltow folgende Erklärung: „Das Hamstern von Kartoffeln im Kreise Teltow bringt die Ernährung im Kreise seiner städtischen Bevölkerung in ernste Gefahr. Bei Fortsetzung hört jede geregelte Versorgung auf. Das Hamstern von Kartoffeln muß deshalb durch scharfe Kontrollmaßnahmen der Behörden des Kreises unterbunden werden. Hierbei werden auf Veranlassung der Zentralstellen der kommunalen Arbeiterräte die örtlichen Arbeiterräte mitwirken. Es wird gewarnt, Kartoffeln an andere als die bestellten Aufkäufer des Kreises zu verkaufen. An Ortseinwohner dürfen Kartoffeln, und zwar in kleinen Mengen, nur auf Anweisung des Ortsvorstandes abgegeben werden. Gehamsterte Kartoffeln werden beschlagnahmt und verfallen ohne Zahlung einer Entschädigung dem Kommunalverbande. Erzeuger, die den Bestimmungen zuwiderhandeln, haben neben strenger gerichtlicher Bestrafung mit der Entziehung des Rechtes der Selbstversorgung mit Brotgetreide, mit Beschränkung der ihrem Haushalt zustehenden Futterrenge usw. zu rechnen. Auch die Hamsterer haben neben Beschlagnahme der Kartoffeln Bestrafung zu gewärtigen."

Der Kampf gegen die Schieber.

Nach einer Mitteilung des Reichsverwertungsamtes hat das Amt in den letzten Monaten 900 Fälle von Schiebungen aller Art aufgedeckt. Es ist dadurch gelungen der Reich für 35 Millionen Mark veruntreutes Heeresgut wieder zu beschaffen.

Die Täter für die vor einigen Tagen gemeldeten Schwindeleien mit Zucker sind jetzt festgenommen worden. Es handelt sich um den zwanzigjährigen Drogisten Kurt Sorgenfrei, der als Leutnant mit E. K. I. das Geschäft einleitete und den Kaufmann Tischer, der auf die Ware reflektierte. Ein Kaufmann Focke, der mit Tischer zusammenarbeitete, ist flüchtig geworden.

Wurstfälschungen — zum Vorteil des Publikums.

In der „Medizinischen Klinik" hat E. Friedberger das Ergebnis bemerkenswerter Untersuchungen veröffentlicht, die er über die Herkunft des Fleisches von Wurstwaren gemacht hat, die er in Geschäften aller Art in den verschiedensten Stadtteilen von Berlin entnommen hatte. Wenn so gruselige Behauptungen aufgestellt worden sind, daß in solchen Wurstwaren sogar Menschenfleisch verarbeitet wäre, so konnte festgestellt werden, daß davon nicht die Rede war, ebenso wie sich auch Hundefleisch in den Würsten nicht fand. Allerdings zeigte sich, daß die Bezeichnung der Wurst nur in wenigen Fällen wirklich dem Inhalt entsprach. Katzenfleisch war in besseren Würsten sehr selten, in einfacheren häufiger vorhanden. Pferdefleisch fehlte fast gänzlich. Die „Ziegenwürste" enthielten meist kein Ziegenfleisch oder nur zu einem Teil. Die „Ziegenwurst" oder „Lammwurst" bestand vielmehr tatsächlich meist aus Hirschfleisch, Hammelfleisch, oder sogar Schweinefleisch, und es wurde „Pferdewurst" gefunden, die in der Tat Rindfleisch mit einem Zusatz von Hirsch- und Kaninchenfleisch enthielt. Die Fälschung bedeutete also eigentlich einen Vorteil für den Käufer. Die falsche Bezeichnung war freilich nicht der Sorge um das Wohl des Käufers entsprungen, sondern diente nur dazu, die Umgehung gesetzlicher Bestimmungen zu verschleiern.

Lebensmittelpreise. In Berlin wird im Einzelverkauf zu festen Markenpreisen jetzt deutsche Schokolade angeboten. Der Ladenpreis für eine Tafel „Stollwerk-Schokolade" von 100 Gramm beträgt 3 M., der Ladenpreis für „Stollwerk-Silber-Kakao", ¼ Pfund, beträgt ebenfalls 3 M. Das bedeutet gegenüber den Preisen für ausländische Schokolade eine neue wesentliche Preissenkung.

Aus Wyk auf Föhr wird berichtet, daß dort in den Läden Butter und Schweinefett für 16 M. das Pfund erhältlich ist. Dänisches Weizenmehl wird markenfrei für 4,50 M. das Pfund verkauft. Aus dem Riesengebirge kommt die Meldung, daß in Brückenberg und in Krummhübel infolge des starken Andranges von Sommergästen die Schleichhandelspreise immer noch recht hoch sind. Für Butter wird 22—25 M. das Pfund bezahlt. Speck wird mit 24 M. das Pfund verkauft, Zucker mit 7,50 M. Eier kosten 1,10—1,25 M. das Stück, Kirschen 1,40 M. das Pfund, Blaubeeren 2 M. das Pfund.

Die notleidendste Gemeinde

in Groß-Berlin ist unzweifelhaft die Stadt Schöneberg. Wie uns ein besorgter Familienvater mitteilt, sind seine drei Söhne im Alter von 11, 12 und 14 Jahren zu je 1650—1800 Staatssteuer veranlagt worden. Die Jungen, die noch sämtlich zur Schule gehen, sollen nun jeder 105,20 M. pro Jahr Steuern zahlen. Da die Jungen über eigenes Einkommen nicht verfügen, so veranlassen vielleicht diese Zeilen die Steuerbehörde, von ihrer Hartherzigkeit abzugehen.

Flaggenschmuck zur Verfassungsannahme. Aus Anlaß der von der Nationalversammlung erfolgten Annahme der Verfassung für die Deutsche Republik hatten gestern die städtischen Gebäude in Berlin Flaggenschmuck angelegt.

Ein Raubüberfall wurde in der Nacht zum Freitag auf den Kaufmann Orlowski aus Berlin verübt. Am Molkenmarkt wurde er mit seinem Begleiter, den er zufällig kennen gelernt hatte, von drei Soldaten „verhaftet", die ihn nach Friedrichshagen brachten. Im Walde beraubten die Soldaten und sein Begleiter den Kaufmann und entwendeten ihm die Brieftasche mit 1000 M. Inhalt.

Den Ehemann im Streit erschossen. Wegen Totschlags wurde gestern abend die Ehefrau Katharina Michaelis, geborene Ziesche, aus der Fennstraße 18 in das Polizeipräsidium eingeliefert. Frau Michaelis war mit ihrem Manne, dem Straßenhändler August Michaelis in einen Streit geraten, der dahin führte, daß der Mann auf seine Frau einschlug. Diese setzte sich zur Wehr, griff schließlich zu einem Revolver und schoß auf ihren Mann. Die Kugel traf diesen in den Kopf und führte seinen sofortigen Tod herbei. Frau Michaelis wurde verhaftet, die Leiche des Mannes beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Wie man Kriegsgewinner wird. Zu dieser Meldung erhalten wir von dem Rechtsvertreter der Firma Hahn nachfolgende Berichtigung: Es ist unwahr, daß die Firma jemals „Magistratsstoffe" verkauft hat, da ihr nichtverarbeitete Stoffe vom Magistrat überhaupt nicht zugestellt worden sind. Alle ihr vom Magistrat zugewiesenen Waren sind nur zu den vorgeschriebenen Preisen und entsprechend den abgegebenen eidesstattlichen Versicherungen verkauft worden; niemals ist auch nur ein Pfennig mehr dafür genommen worden. Es ist unwahr, daß wegen solcher angeblicher Machenschaften an die Verkäuferinnen Schweigegeld gezahlt worden ist, dieselben erhielten lediglich Verkaufsprämien für die Absetzung schwer verkäuflicher zurückgesetzter Ware, wie dies in allen Kauf- und Warenhäusern üblich ist.

Wir hatten die Meldung einer Spezialkorrespondenz für Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsverhandlungen entnommen und müssen dieser die Verantwortung überlassen.

Der neue Droschkentarif, der entsprechend der Steigerung der Preise für Betriebsstoff, Gummi und Reparaturen einen höheren Fahrpreis für die zurückgelegte Strecke vorsieht, soll am Montag in Kraft treten. Der neue Fahrpreis beträgt nunmehr endgültig den verdreifachten Betrag, den der Fahrpreisanzeiger anzeigt. Hierbei wird ein Unterschied, ob die Fahrt am Tage oder in den Nachtstunden zurückgelegt wird, nicht mehr gemacht, auch ist es gleichgültig, ob nur eine oder fünf Personen befördert werden. Der Kraftdroschkenführer schaltet bei Beginn der Fahrt die höchste Taxe (3) ein und verdreifacht den angezeigten Betrag.

Besserer Zugverkehr auf der Wriezener Bahn. Anläßlich einer Beschwerde des Lichtenberger Magistrats über schlechte Bahnverbindung zwischen Marzahn und Lichtenberg hat die Eisenbahndirektion jetzt geantwortet, daß sie vom Montag ab auf der Strecke Schles. Bahnh.—Werneuchen wird voraussichtlich erhebliche Zugverbesserungen vornehmen können.

Die Eintrittskarten für die Konzerte des Philharmonischen Orchesters sind in der Kabitelle des Gewerkschaftshauses bereits für den ganzen Monat August ausverkauft.

Mariendorf. Die Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichts hat die Gemeindevertretung beschlossen. Die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, desgleichen die Kaufleute und Handlungsgehilfen werden auf Grund des § 142 der Reichsgewerbeordnung ersucht, sich vom 1. bis 12. d. M. über den Statutenentwurf zu äußern.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Für die am 4. August beginnende Fleischkartenperiode können die Fleischkarten in Berlin vom 4. bis 6. August bei den zuständigen Brotkommissionen gegen Bezugsscheine auf Graupen oder Teigwaren umgetauscht werden. Auf eine Vollkarte wöchentlich 250 Gramm, auf Kinderkarte 125 Gramm. Der Warenbezug erfolgt wie bisher. Zum Umtausch berechtigt sind diejenigen, die sich bei ihrer Brotkommission zur Eintragung in die Liste gemeldet haben. Wer die Anmeldung ohne sein Verschulden (z. B. infolge Krankheit oder Abwesenheit) versäumt hat, kann den Umtausch ebenfalls an den genannten Tagen vormittags im Bureau für Fleischversorgung, Neue Friedrichstraße 1, Zimmer 7, bewirken.

Vom Montag, den 4. bis Sonntag, den 10. August neben der wochenüblichen Portion von 30 g Butter und 40 g Margarine eine weitere Margarineportion von 140 g pro Kopf der Bevölkerung. Ferner Ausgabe von 50 g Auslandsbutter aus eigenen Ankäufen der Fettstelle Groß-Berlin im neutralen Auslande. Beide Fette werden auf Abschnitt L 12 der Einfuhr-Zusatzkarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in den zum Speisefettbezuge zugelassenen Kleinhandelsgeschäften verkauft. An Fettselbstversorger 50 g Auslandsbutter und 120 g Margarine ebenfalls auf Abschnitt L 12 der Einfuhr-Zusatzkarte. Auf die Abschnitte 31 o—o der Kartoffelkarte entfallen weitere 3 Pfund Kartoffeln. Die Gültigkeit der Abschnitte 31 a—o wird um eine Woche, also bis zum 9. August 1919 einschließlich, verlängert. Auf die Abschnitte 32 a—o der Kartoffelkarte 5 Pfund Kartoffeln. Der Zeitpunkt, von dem ab diese 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden können, wird im Laufe der kommenden Woche bekanntgegeben werden. In den Brotkommissionsbezirken 1—95, 103—104, 129—130, 133—151, 172, 174—177, 179—181, 183—184, 192—195, 197, 199—201, 206, 208, 210, 212, 214, 217, 222—225, 228, 231—232, 234—235, 238—240, 242—243 für jeden Abschnitt J 1 der Berliner Bezugskarte, deren Inhaber für den Heringsbezug angemeldet ist, ½ kg Heringe. Aeltere Vollheringe (1,— M.), neue Vollheringe oder kleine Fettheringe (1,05 M.), größere neue Fettheringe (1,10 M.). Abholung bis 12. August.

Bis Mittwoch, den 6. an die Kunden der 93., 96., 103., 191., 194., 200. und 219. Brotkommission, die in den Speisefettkundenlisten eingetragen sind, pro Kopf 250 g Käse. — Bekanntlich soll eine Verbesserung der Seifenversorgung erfolgen. Es werden ausgegeben Halbpfundpakete zu 45 Pfennig K.-A.-Seifenpulver. Die K.-A.-Seife ist beträchtlich verbessert und wird künftig markenfrei abgegeben. Vom September ab wird die Möglichkeit der Abgabe guter und billiger Seife erhofft und zwar von Feinseife, Kernseife und Rasierseife gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte. Die Anmeldung muß schleunigst, spätestens im August erfolgen. Gewähr für Belieferung kann noch nicht übernommen werden. Alle näheren Einzelheiten enthalten die Säulenanschläge.

Steglitz. Vom 2.—4. August Anmeldung von 250 g amerik. Weizenmehl auf Abschnitt T 15 der Einfuhrzusatzkarte bei den Händlern, die bisher zum Verkauf von Grieß, Graupen und Teigwaren zugelassen waren. Verkaufstage werden noch bekanntgegeben. — Vom 2. bis 5. August Verkauf von Nährmitteln und Schokolade an werdende Mütter. Auf Abschnitt 19 K der Bezugskarte 1000 g Haferfabrikate (1,80 M.), 500 g Zwieback (1,75 M.), 3 Tafeln Schokolade zus. ca. 300 g zu 5,40 M.; ferner Verkauf von Nährmitteln an Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre. 1. Jahr Abschnitt 16 K: 250 g Haferflocken, 500 g Zwieback, 2. Jahr Abschnitt 16 K: 250 g Haferflocken, 250 g Zwieback, 3. Jahr Abschnitt 12 K, 4. Jahr Abschnitt 18 K, 5. Jahr Abschnitt 18 K, 6. Jahr Abschnitt 12 K je 125 g Teigwaren, 375 g Zwieback; außerdem noch Verkauf von Kakao an Kinder vom 1. bis 4. Lebensjahre. 1. und 2. Jahr Abschnitt 17 K, 3. Jahr Abschnitt 13 K, 4. Jahr Abschnitt 14 K je 250 g zu 5,25 M.

Mariendorf-Südende. Auf die Abschnitte 31 a und 31 b der Kartoffelkarte 2 Pfd. Frühkartoffeln für die Woche vom 28. Juli bis 3. August. Ausgabe Ende dieser Woche durch hiesige Landwirte. Außerdem auf die Abschnitte 31 o 500 Gramm Maismehl und 31 d 100 Gramm Suppen bezw. Hülsenfruchtmehl. — Für diese Woche erhalten auf Abschnitt 31 der Zusatzkarte die Kriegsbeschädigten 500 Gramm Grieß (48 Pf.) in den beiden Gemeindeläden. Für die bis zum 3. August nicht abgeholte Ware erlischt das Bezugsrecht. — ½ Pfd. gutes ausländisches Pflaumenmus (2,35 M.) auf die braune Mariendorfer Lebensmittelkarte. Verkauf in den beiden Gemeindeläden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Funktionäre der Bergmann-Werke, Berlin.

Montag 3 Uhr bei Senkel, Utrechter Str. 10: Zusammenkunft aller Funktionäre der Bergmann-Werke, Berlin, die auf dem Boden der S. P. D. stehen.

Jungsozialistische Vereinigung. Sonntag, 3. August: Ausflug nach Erkner—Löcknitztal. Treffpunkt 7 Uhr Schlesischer Bahnhof, Eingang Koppen-, Ecke Madaistraße.

Mariendorf-Südende. Montag 8 Uhr bei Miedbrodt, vormals Herolds Festsäle, Mariendorf, Chausseestr. 283: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vortrag des Genossen Haase, Vorsitzender des Groß-Berliner Vollzugsrats über „Rätesystem". 3. Verschiedenes. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder Quittung über Parteizugehörigkeit.

Aus aller Welt.

Die größten Schiffe.

Das Schiffsamt der Vereinigten Staaten kündigt, wie gemeldet, an, daß die Pläne für den Bau zweier Riesen-Ozeandampfer fertiggestellt sind, die über 1000 Fuß lang sein sollen und bei einer Geschwindigkeit von 30 Knoten den Atlantischen Ozean in vier Tagen kreuzen werden. Es wird hinzugefügt, daß sie so ausgerüstet werden, daß sie im Fall eines Krieges als Hilfskreuzer Verwendung finden können. Die Dampfer, die unter der Aufsicht der Schiffsabteilung gebaut werden, sollen einen Tonnengehalt von 55 000, 33 Fuß Tiefgang, eine Höhe von 74 Fuß, eine größte Breite von 102 Fuß erhalten und Raum für 3000 Passagiere und 1000 Mann Besatzung bieten. Ihre Maschinen werden mit Oelfeuerung eingerichtet und werden einen Bewegungsradius von 7000 englischen Meilen ergeben. Mit diesen Ozeanriesen sind die Maße der bisher größten Schiffe um ein Beträchtliches überboten. Gegenwärtig sind die vier größten Schiffe: Aquitania, Cunarddampfer, Länge 818 Fuß, Geschwindigkeit 24 Knoten, Olympio, White-Star-Dampfer, Länge 852 Fuß, Geschwindigkeit 23 Knoten, Leviathan, die frühere deutsche Vaterland, die jetzt im Dienst der Vereinigten Staaten steht, Länge 907 Fuß, Geschwindigkeit 24 Knoten, Imperator, das deutsche Schiff, das Großbritannien übergeben wurde, Länge 882 Fuß, Geschwindigkeit 23 Knoten. Bisher war es eine lebhaft erörterte Streitfrage, ob Schiffe von solcher Größe wieder auf Stapel gelegt werden würden, nachdem infolge der veränderten Bedingungen seit dem Kriege die Kosten eine so ungeheure Steigerung erfahren haben. Die Amerikaner haben sich also für das Riesenschiff als auch in Zukunft aussichtsreich entschieden.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Morgen Sonntag Spielpartie nach Lapenberge. Treffpunkt 7 Uhr früh Alexanderplatz (Berolina). Fahrgeld 60 Pf.

Schülerräte. Heute ½7 Uhr: Wichtige Besprechung im „Vorwärtshaus", Lindenstr. 3, 1. Hof part. links.

HOLZSANDALEN für Damen, Herren u. Kinder

mit Gelenk, Hinterkappen u. Riemen

Jedes Paar Mk 2.00

SALAMANDER

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr:
DerKuhreigen
Oper von Wilh. Kienzl.

Deutsches Theater.
7½ Uhr:
Auch ich war ein Jüngling ...
(Schwank).

Kammerspiele.
Allabendlich 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Das Weib u. der Hampelmann.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr
Mia Werber und Hans Wassmann in Die Geisha.

Theater i. d. Königgrätzer Straße
½8 Uhr Der Häuptling.

Komödienhaus
8: Liselott von der Pfalz.

Berliner Theater
7 Uhr: Zum ersten Male!
Die Dame im Frack.

Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7½ Uhr Die Schönste von Allen.

Friedr.-Wilhelmst. Theater
7½ U. Der Bias

Kleines Theater.
7¾ Uhr:
Unterm Baume der Erkenntnis

Komische Oper
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.

Lustspielhaus
7¾ Uhr: So ein Mädel.

Metropol-Theater.
7 Uhr 20 Die Faschingsfee.

Neues Operettenhaus.
7½ U.: Die Dame vom Zirkus.

Palast-Theater
7½ Uhr: Weinende Erben.
Oper. v. R. Danziger.

Schiller-Theat. Charl.
7½ Uhr: Alt-Heidelberg.

Thalia-Theater
7¼ U.: Junger Sonnenschein

Th. am Nollendorfplatz
7½ Uhr: Die Puppe.

Theater d. Friedrichstadt
8 Uhr: So eine Frechheit.
Versicherung gegen Einbruch.
Ein Polterabend.

Wallner-Theater
7½ Uhr: Das Gesetz.

Residenz-Theater.
Untergrundb. Klosterstraße,
Ausgang Stralauer Straße.
Täglich 8 Uhr. Zum 203. Male:
Das höhere Leben.
Schauspiel von Sudermann.
Sonntag 4 Uhr: Gespenster.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2341
Tägl. 8 U. Heute z. 32. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.
Sonntag 4 Uhr:
Johannisfeuer.

APOLLO THEATER
Friedrichstraße 218
Dir.: James Klein
7¾, Sonnt. 3½ u. 7¾,
Ein Sensations-Aug.-Programm.
6 Antonetts
ber. Akrob.-Familie.
Hanni u. Angela
Luft-Akt.
King Louis & Sohn
die Todesteiter.
Jean Clermont
Zirkus-Parodie.
Schichtel's
künstl. Menschen!
Iven Andersen
Tanzakt
2 Gezettys
akrobat. Neuheit.
Hoock & Pauly,
die Urkomischen.
Rud. Mälzer,
der sächs. Komiker!
Sonnt. 3½ Uhr: jed. Erwachs. 1 Kind frei!

METROPOL KABARETT
Behrenstr. 53
Paul Bienfeld
mit Ruth Braun
in
„Hochzeitsnacht“.
Ludolf
und Mia Köllisch
Karen Zabel
Werner Groß
Muschi Vesta
Gesina Kosters
u. a. m.
Conf.: Pintow
Am Flügel: Henschel
Kapelle Mundi Neumann.

Lessing-Theater
Sommerspielz.: H. Sternberg
Gastspiel Guido Thielscher:
8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Max Adalbert in:
Die Rutschbahn.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
O schöne Zeit, o selige Zeit.

Rose-Theater.
7½ Uhr: Täglich
Die Frau des Debutanten.
7½ Uhr Gartenbühne:
Das sieht sich jeder an.
Vorher Konzert u. Spezialität.

National-Theater
8 Uhr Stürm. Erfolg 8 Uhr
Familie Hannemann.

Luisen-Theater.
Täglich abends 7½:
Wenn Frauen lieben.
Sonntag 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer.
Letzte Sonntagsaufführung!
7½: Wenn Frauen lieben

Voigt-Theater
Badstraße 58. 7½ Uhr:
Die Förster-Christl.
Vorher:
Varieté-Vorstellung.
Eröffnung 3 Uhr, Anfang 5 Uhr.
Jed. Mittw., Sbd., Sonnt.: Ball.

MARMOR HAUS
Kurfürstendamm 236
Direktion
Siegbert Goldschmidt

POGROM
7 Akte
Zur Verbreitung der Wahrheit für den Film gestellt von
H. Fredall.
Hauptrolle:
Jlka Grüning.
Außerdem:
Der Badeball.
Schwank in 2 Akten.
Regie: Rudolf del Zopp.
4 6¹⁵ 8³⁰

Reichshall.-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger
Meysel, Britton
Max Steidl usw.

Reichshallen Garten und Saal.
Dönhoff-Brettl
Neues Programm!
Anfang 7½, Sonnt. 5 Uhr.

Winter-Garten
Täglich 7½ Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Berliner Prater
7/9 Kastanienallee 7/9.
Neptun's Bummelfahrt.
Erstklassiges Varieté.
In der Tanz-Diele täglich: Ball.
Anfang 4½ Uhr.

Admirals-Palast.
Internation. Ringkämpfe
um den Preis der Deutschen Republik.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino.
Der Weg, der zur Verdammnis führt.
I. Teil.

BRAUNE'S DIELE
ALEXANDERSTR. 55
Ludolf u. Mia Köllisch
Rina v. Postema
Karl Stöhr
Muschi Vesta
Paul Coradini
Mizzi Schönbeck
u. a. m.
Conf.: Heinsius
Am Flügel: Sawade
Kapelle: Ebener

Berliner Theater
Gastspieldirektion Walter Bromme
Sonnabend, den 2. August, 7 Uhr:
Zum ersten Male:
Die Dame im Frack
Vaudeville in 3 Akt. v. Bordes-Milo
Gesangstexte von Will. Steinberg
Musik von Walter Bromme
Hauptdarsteller:
Käthe Dorsch :: Richard Senius
Marion Jüling. — Oskar Linke.
Herbert Kiper. Ludw. Michaelis. Curt Bois.
Tänze: Egon Mangelsdorff.

Tonndorf
Berlin NW, Unter den Linden 56
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!
Kaffee-Diele / Bar
abends erstrangiger Restaurationsbetrieb
Nachmittag- u. Abend-Konzerte
Kapellen: Uchmann und Willy Reuter
Sehenswerter idyllischer Sommergarten
Arrangeur: Blumen-Schmidt-Berlin
Geschäftsleitung: Tonndorf-Betriebe
Gb. Arno Tonndorf

Schauburg
am Andreasplatz, Andreasstr. 64, Konkordia
Preis der Schauburg 12000 M.
:: :: Ringkämpfe :: ::
20 Champions international.
Außerdem: Henny Porten „Ihr Sport“
„Die goldenen Kugeln“, Filmroman nach Dostojewski
Persönliches Auftreten: Bonita Berol.
Beginn wochent. 6, Sonnt. 4 u. 7 Uhr, Ringkämpfe 8½,
Sonntags 5 u. 8½ U. Sonntag 3: Kindervorstellung.

Theater a. Kottbus. Tor
Allabendlich 7½ Uhr
Elite-Sänger
gehem. Mitgl. der Stettiner Sänger
Humor. Spielplan
Sommerpreise!
Billigen-Konzert.

Gartenstadt Wilmersdorf
habe ich unter günstigen Bedingungen ein schönes, modernes, vom Besitzer erbautes Wohnhaus mit Ofenheizung, Warmwasserversorgung und billig vermieteten 4 bis 5-Zimmerwohnungen, für 420000 M. zu verkaufen.
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Amt Zentrum 12250/53.

Wilmersdorf
Eckhaus
in der Kaiserallee,
mit allem modernen Komfort sehr preiswert für 500000 M. bei über 40000 M. Mieten zu verkaufen. Eine herrliche 6-Zimmerwohnung in der 1. Etage kann beim Erwerb sofort bezogen werden. — Näheres durch
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

Von der Oberbaumbrücke-Falckensteinstr.
Morg. Sonntag u. tägl. außer Sonnabends Dampferfahrten nach Woltersdorfer Schleuse und Neu-Heringsdorf, außerdem Dienstags und Mittwochs nach Neu-Mühle. Abfahrt Wochentags 9 Uhr vorm., Sonnt. 8 Uhr vormittags und 2½ Uhr nachmittags. 5009
Reederei KIECK. Falckensteinstr. 48 — Tel.: Moritzplatz 8197.

Klavier
evtl. Flügel u. Harmonium kauft Schachtschneider, Budower Straße 14. III.
(Treisanrabe)

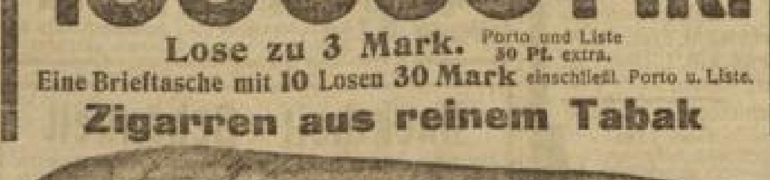
Warnung vor Zuzug nach Breslau!
In Breslau herrscht große Wohnungsnot. Flüchtlinge können nur Massenquartiere zur Verfügung gestellt werden. Wohnungen dürfen nur mit Zustimmung des Wohnungskommissars vermietet werden. bis bei Zuzügen bis auf weiteres versagt wird.
Breslau, im Juli 1919. 14/20
Der Wohnungskommissar
des Volksrats und der Stadt Breslau.

Möbel
Bar u. Teilzahlung
Wohnzimmer,
Schlaf-,
Speise-,
Herrenzimmer,
Polsterwaren,
Farbige Küchen,
Einzel-Möbel.
Riesen-Ausw., billige Preise
Größte Kulanz
Liefere auch nach auswärts
Lieferung frei Haus
Kriegsanleih. u. Sparkassenbücher nehme in Zahlung.
Möbel-Cohn
Gr. Frankft. Str. 58
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstraße 47, 48.

Russisch-Deutsche Bank für Handel und Industrie
Berlin NW 7, Unter den Linden 78
Telegr.-Adr.: Russkibank, Berlin. 110/8

Dentozon
antiseptische Mundwasser-Tabletten
Der neueste Fortschritt in Zahn- und Mundpflege-Hygiene.
Jeder stellt sich sofort sein tägliches Mundwasser selbst her.

Ziehung am 27. und 28. August
Volkswohl-Lotterie
Gesamtw. der Gewinne
100000 Mk.
Lose zu 3 Mark. Porto und Liste 30 Pf. extra.
Eine Brieftasche mit 10 Losen 30 Mark einschließl. Porto u. Liste.

Zigarren aus reinem Tabak

in allen Preislagen von 60 Pf. an.
Zigarillos, reiner Rauchtabak lose und in Paketen.
Echte Schweizer Stumpen, Paket mit 10 St. M. 5.20.
Gustav Haase Nachfg. (Inh. K. Schwarz),
Berlin, Neue Königstr. 86 und Neanderstr. 38.

Hautjucken!
bes. in d. Bettwärme zu lästig. Kratzen reizend, rote Punkte, kl. wässerige Bläschen, Krätze heilt völlig Apoth. Schanz Hautausschlagsalbe. 2 Töpfe (zu einer Kur unbedingt erforderl.) 6 M. Glänz. Heilberichte. Versand per Nachn. nur durch Apotheker Schanz, Einsiedel bei Chemnitz i. Sa. 37. 55/17

Zwischen Kurfürstendamm und Bahnh. Charlottenburg
habe ich ein neues, modernes Wohnhaus mit 2 kleinen Läden, sehr billig vermieteten 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen, Warmwasser, Ofenheizung und Fahrstuhl bei ca. 27000 M. Mieten für 350000 M. preiswert zu verkaufen. — Näheres durch
Julius M. Bier,
Leipziger Straße 26.
Zentrum 12250/53.

J. F. Rauchs
Alte Weinstuben
Friedrichst. 11, Invalidenst. 164
Gr. Frankfurter Str. 112
Cognac
Weinbrand und Verschnitt
Rum-Verschnitt
Süße Liköre billiger!
Zuckergesüßter
Sekt
Süß. Wermut-Fruchttrunk 3,85
Süßer Maitrank 3,75
Vorzügliche Rotweine
Alte Bordeauxweine
1912er Graves, weiß. Bordeaux

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrger., nerv. Ohrschmerz über uns. tausendf. bewährt. patentamtl. gesch. Hörtrommeln. Bequ. u. unsichtbar zu tragen. Glänz. Anerkenn. Große Sanis Versand München. 827b

Geöffnet von 8—6 Uhr.
Besonders vorteilhaftes
Möbel-Angebot!

Speisezimmer	Herrenzimmer
1 Büfett Eiche	1 Bibliothek
1 Kredenz "	1 Schreibtisch
1 Ausziehtisch "	1 runder Tisch
6 Stühle "	1 Schreibsessel
	2 Stühle
Mark: 2850, 3750, 4500 etc.	Mark: 2450, 3650, 4875 etc.

Schlafzimmer
1 Schrank mit Spiegel, Eiche
1 Waschtoilette mit Spiegel und Marmor
2 Nachtschränke mit Marmor
2 Bettstellen
2 Patentböden
2 3teilige Auflegematratzen mit Keilkissen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 1875, 2650, 2950, 3875 etc.

Ständig große Ausstellung
von ca. 300
Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnsalons, Wohnzimmern, Küchen, Dielen etc.
Leder-Möbel — Gobelin-Sofas und Sessel.
Hervorragend schöne, gediegene Ausführungen = einfacher, mittlerer und elegantester Art =
Teppiche / Kronen / Kristall / Porzellan.
Lombard-Bankgeschäft und Lagerspeicherei
M. Schlewinsky & Co.
Berlin C, Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderpl., Ecke Königsgraben.

Flechten Wunden
offene Füße, Krampfaderleiden heilt sogar i. verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die hautbildende schmerz- und juckreizstillende „Vater Philipp-Salbe“. Preis 2,70 und 5,10 M.; erhältlich in der Auguste-Viktoria-Apotheke Königgrätzer Str., und Simons-Apotheke, Kronen-, Victoria und in der Minerva-Apotheke, Charlottenburg. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt b. Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten.

MULCUTO EXTRA!
D. R. W.-Z. Nr. 128078
Der beste Rasier-Apparat der Welt.

Der neue elektromagnetische handhohlgeschl. Rasier-Apparat spart viel Zeit und Geld! Tausende Anerkennungen!
Die Klingen haben von Kriegsbeginn an bis jetzt benutzt werden können. Ein sehr gut. Ergebnis. Scholz, Gen.-Major Kdr. 32. Res.-I.-Brig. 15. Res.-Div.
1915 bezog ich ein Mulcuto-Extra mit 1 Klinge. Ich habe mich während der 3 Jahre im Felde mit dieser einen Klinge rasiert, ohne daß dieselbe bis jetzt an Schärfe verloren hat. Kerb, Zahlmeister, Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Straße 21.
Bei Verwendung dieses handhohlgeschliffenen, stets gebrauchsfertigen Apparat, mit unbegrenzter Garantie ist jede
Quälerei mit stumpfen oder kratzenden Klingen ausgeschlossen!
Versilb. Apparat mit Halter z. Schärfen in Etui Nr. 1 M. 10. Versilb. Apparat mit Halter zum Schärfen, echter Lederstreichriemen in Etui Nr. 61 und Rasierseife M. 20,—. Vollst. Rasierzeug: Apparat m. Halter z. Schärfen, Seife, Schale, Pinsel und Riemen in Etui Nr. 201 M. 30,—. Unbegrenzt. Garantieschein bei jedem Apparat. Versand täglich durch die bedeutendste Spezialfabrik für handhohlgeschliffene garantiert. Rasier-Apparate „MULCUTO“ Rasiermesser-Fabrik SOLINGEN. Gesenkschmiede und Hohlschleiferei. Wiederverkäufer gesucht.

Schreibmaschinenzentrale
stets neueste Modelle am Lager.
Rep.-Werkstatt f. sämtl. Systeme.
Farbbänder Vervielfältigungsapparate Kohlepapier
Einkauf Wachspapier Verkauf
Bureaumöbel
C 2, Burgstr. 29 Leichnitz & Lichtenberg Tel.: Nd. 12498.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapeziermstr.
Albert Gleiser Alexanderplatz
Berlin C. 33 Alexanderstrasse 42

Wir liefern direkt an Private als Spezialität:
Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
in jeder Holz- und Stilart zu soliden Preisen.
Reiche Auswahl in erstklassigen Möbeln bis zum Auserlesensten. Besichtigung unserer umfangreichen Lager ist äusserst lohnend und erwünscht. Bahnfreie Lieferung durch ganz Deutschland direkt ab Fabrikgebäude.

Am 31. Juli entschlief sanft nach langem Leiden unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

Wilhelm Ueckermann

im fast vollendeten 76. Lebensjahre. 15045

Dies zeigen tiefbetrübt an
Luise Grahn geb. Ueckermann.
Martha Ehling geb. Ueckermann.
Wilhelm Grahn.
Karl Ehling.
Hans Ehling.
Walter Ehling.

Die Einäscherung findet Montag, den 4. August, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. statt.

Am 15. d. Mts. starb plötzlich an Herzschlag unser guter Vater, Großvater u. Schwiegervater, der Weißgerber

Sigismund Müller

Er ist seiner im Mai verstorbenen Frau in kurzer Zeit gefolgt. 4992

Im Namen der Hinterblieb. **Gert. Müller, Soldinerstr. 37.**

Die Einäscherung hat auf Wunsch des Verstorbenen bereits in aller Stille stattgefunden.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Sohn, Bruder und Schwager, der Händler 153a

Hans Voigt

am Sonnabend, den 26. Juli 1919 durch Mörderhand plötzlich erschossen wurde.

In tiefstem Schmerz
die trauernden Eltern, Bruder, Schwester und Schwager.

Zu früh für uns entschliefest du, Gott gab uns Trost, die ewige Ruh'.

Die Beerdigung findet heute, Sonnabend Nachmittag 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Nazarethfriedhofes, Kögelstraße, aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Richard Schimke

sage ich allen daran Beteiligten, insbesondere dem Wahlverein Lichtenberg, dem Transportarbeiterverband, den Kollegen des Zentral- und Magerviehhofs und den Mietern der Häuser Möngel- und Weserstraßen-Ecke meinen herzlichsten Dank. 1158

Ww. Ida Schimke nebst Tochter.

Spezialarzt
Dr. Haedicke
Friedrichstr. 187/88
(an der Mohrenstraße).
Sprechzeit: 11—1, 3—7. 72L*
Sonntags: 11—1

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe**
jed. Hautausschl., Flecht., **Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern** der Frauen u. dergl., in Originaldosen 4.50, 7.50 erhältlich in der **„Elefanten-Apotheke"** Berlin 213, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Gute
Antiquitäten
Möbel, Porzellane, Gemälde, Gobelins usw.
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40A.

Ankauf & kostenlose Schätzungen wertvoller
Antiquitäten
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40A.
Zentr. 8495.

Fortzugshalber

ist in nächster Nähe des **Bayerischen Platzes** ein mit allem Komfort der Neuzeit versehenes, sehr schönes, modernes Wohnhaus mit Vor- und Hintergarten, teilweise noch sehr billig vermieteten 3—5-Zimmerwohnungen, von denen eine evtl. vom Käufer bezogen werden kann, bei einem Mietseingang von zirka 33 000 M. zum Preise von **370 000 M.** zu verkaufen.

Offerten erbeten unter **R. 31** in der Expedition dieses Blattes.

Erfindungen

werden zu kaufen gesucht. Angebote (auch Ideen) an 82/14
Int. Patentbörse, Cassel 182.

Bekanntmachung.

Gemäß § 6 der Ausführungsbestimmung vom 24. März 1919 zur Verordnung über die Abgabe und Entnahme von Fischen und Fischwaren vom 5. Juli 1918 **wird** für den Gemeindebezirk Berlin bestimmt:

Vom 6.—12. August 1919 gelangt in den Brotkommissionsbezirken 1—95, 103—104, 129—130, 138—151, 172, 174—177, 179—181, 183—184, 192—195, 197, 199—201, 206, 208, 210, 212, 214, 217, 222—225, 228, 231—232, 234—235, 238—240, 242—243 für jeden Abschnitt J 1 der Berliner Bezugskarte deren Inhaber für den Heringsbezug angemeldet ist, ¼ Kilogramm Salzheringe zur Verausgabung. Der Kleinhandelspreis beträgt 2,— M. für ½ Kilogramm ältere Vollheringe, 2,10 für ½ Kilogramm neue Vollheringe oder kleine Fettheringe, 2,30 M. für ½ Kilogramm größere neue Fettheringe. Die Belieferung richtet sich nach der Lage des Ladens des Kleinhändlers, bei dem der einzelne seine Eintragung bewirkt hat, nicht nach der Wohnung des Verbrauchers. Es wird bei Vermeidung von Vertragsstrafen darauf hingewiesen, daß die Kleinhändler zunächst nur an solche Kunden Ware verabfolgen dürfen, die in ihrer Kundenliste verzeichnet sind.

Ist die Abholung der Heringe von den Berechtigten nicht bis 12. August einschließlich bewirkt, so kann der Kleinhändler die Ware zum vorgeschriebenen Preise beliebig abgeben.

Die Kleinhändler sind verpflichtet, bis spätestens 18. August 1919 die gesammelten Abschnitte „J 1" zu 100 gebündelt im Fischbureau, Dirckenstraße 45 IV, zwischen 9 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags abzugeben. Die einzelnen Pakete sind mit Namen des Klein- und Großhändlers sowie mit der Zahl der gesammelten Abschnitte zu versehen.

Berlin, den 28. Juli 1919.

Magistrat.
Abteilung für Fischversorgung.
Kalisch.

Tgb. Nr. 3135 Fisch. 19.

Beachten Sie bitte das neueröffnete Musikwarenhaus
Beil & Voss-Musik
BERLIN C 54
Rosenthaler Str. 16-17

Mehrere separate Vorspielräume

Sprechmaschinen, Platten, Geigen, Mandolinen, Lauten, Gitarren, Zithern, Noten, Mund- und Ziehharmonikas

Sämtliche Zubehör- und Ersatzteile

Denkbar grösste Leistungsfähigkeit bei äusserst billigen Preisen

Reparaturen sachgemäss, prompt und billig!
Besichtigen Sie unsere Schaufenster und unser Lager! Kein Kaufzwang!

Beil & Voss-Musik, Berlin C 54, **Rosenthaler Str. 16-17**

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 86 % in Zahlung genommen.

Heutiges Angebot
zu sehr billigen Preisen!!

Impr. Seidenmäntel 128, 149, 174, 210, 255
Kunstseidene Strickjacken 89, 98, 115, 142, 168
Sportjacken 27, 33 Uebergangsmäntel 45, 56

Wundervolle Modell - Herbst - Kostüme!!

Reinwoll. Kammgarnstoffe 350, 425, 550, 750
Pesche Kostüme 98, 115, 135, 148
Gediegene Stoffröcke 36, 45 Seidenröcke 75, 90

Aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratsschein
Plüschmäntel . . . 228,75, 230,10, 311,70
Kostüme . . . . 90,—, 206,25, 237,50

Jetzt noch billig!!

Elegante Pelzmäntel 975, 1250, 1800, 2200
Feine Plüsch- u. Astrachanmäntel 350, 475, 650, 900
Mollige Ulster (Friedensware) 155, 195, 240, 360

Westmann

1. Geschäft: **Berlin W,** Mohrenstr. 37a.
2. Geschäft: **Berlin NO,** Gr. Frankfurter Str. 115.

Sonntags geschlossen!

Möbel
Beiser,
Lothringer Straße 67
liefert gegen bar und Teilzahlung zu mäßigen Preisen
Bürgerliche
Wohnungseinrichtungen
Wohnzimmer,
Schlafzimmer,
Speisezimmer,
Herrenzimmer
in **großer Auswahl.**

Elektromotore
Gleichstrom : : Drehstrom
kauft [*]
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3705 und 8518.

!!! Geld !!!

für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Kupferdrähte
Kabel
Litzen
für Auslandsbedarf kauft Kabelvertrieb Pfalzburg 4559
Joachim-Friedrich-straße 34 *

Die Nervenschwäche

der Männer, als Folge jugendlicher Verirrungen und Ausschweifungen. Ursachen, Verhütung und Heilung von Dr. G. Wendel. 5. Auflage. Preis 1 M. Zu beziehen durch das **Institut für Gesundheitspflege, Wiesbaden 17** aber durch jede Buchhandlung.

Umblatt und Decker.

auch kleinere Posten zu kaufen gesucht. 16/9

Offerten unter T. R. 1931 an **Rudolf Mosse,** Rathenower Str. 8.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,

kauft höchstzahlend *
Ingenieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3705 und 8518.

Salon-Harmonium

1250.—, **Konzertharmonium** mit **Aeolsharfe** 1500.— M. kleineres 650.—, **gebrauchtes** billigst, verl. **Berger & Co., Oranienstr. 153.** Privatverkauf II. Etage. [*]

Gewerkschaftskartell für Bielefeld und Umgegend.

Gesucht wird ein in **gewerkschaftlichen** und **sozialpolitischen** Aufgaben erfahrener

Sekretär,

der auch das **Bildungswesen** beherrscht **und auf diesem Gebiete** tätig sein soll. Es **wird nur auf eine erste Kraft reflektiert.** Gehalt nach Uebereinkunft. Antritt zum **1. Oktober d. J.** event. früher.

Bewerbungen mit Angaben über die bisherige Tätigkeit und mit der Aufschrift **„Bewerbung"** sind bis zum **24. August d. J.** einzureichen an das 215/13*

Gewerkschafts-Sekretariat Marktstr. 8.

Tüchtiger Mechaniker und Werkzeugmacher

mit Aussicht auf Meisterstellung suchen sofort 15065
Jacoby & Bretz, Alte Jacobstr. 7.
Melden: Sonnabend 11—1 Uhr, Montag 4—6 Uhr nachmittags.

Lebensmittel!

Senden Sie per Postanweisung **dänische Kronen 25.00** und Sie erhalten umgehend per Postpaket aus staatskontrollierter Lebensmittelfabrik ein Paket enthaltend: 1 kg **Boiled beef,** 1 kg **Leberpastete,** 1 kg **Gulasch,** 1 kg **Fleischbollen** und ½ kg gesalzene Wurst mit Speck. 16/1*

Holger Petersen,
Jernbanegade 19,
Nykjobing Falster.
Dänemark.

Kriegsbeschädigten

kann geholfen werden durch meinen anerkannt vorzüglichen Gesichts- und Finger-Ersatz (Nasen, Kinn, Ohren, Wangen). Verlangen Sie kostenlos illustrierten Katalog. **Max Schwarzlose,** Berlin C 2, Königstr. 45. Zentrum 5368.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Str. 117 (a. d. Lützowstraße)
Spezial-Arzt
bewährte fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratis-Broschüren (Beschreibung sämtlich. Heilverfahren) in den Sprechstunden von ½12—2 mittags, ½6 bis ½10 Uhr abends, Sonntags ½11—1 Uhr (im verschlossenen Brief 1.25 Mk.). *

Spezialarzt Dr. Hasché
Sprechstunden 10—1, 5—8. Sonnt. 10—1.
Friedrichstraße 90 am Bahnhof Friedrichstraße. — Teilzahlung gestattet. —

Heil-Institut Kühn Praxis seit 1901
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., dicht am Schles. Bhf. Sprechz. 10—12, 3—7, Sonnt. geschlossen.
Harn- und Blutuntersuchungen.

Nacktheit—Schönheit

behördlich freigegeben. 20 Tiefdruck-Kunstpostkarten, sort. M. 2,50. 100 Stck 10,—. Bromsilber-Photokarten, hochkünstlerisch Mk. 5,—. Porto extra. Voreinsendg. od. Nachn. 120Z*
O. Fischer, Abt. R. Berlin-Halensee.

Große Auswahl aus **Friedensstoffen** gefertigter eleganter
Herren-, Burschen-Anzüge, Fracks, Smokings
Ersatz für Maß!
auch für **starke** Figuren zu mäßigen Preisen.
Türkischer, Prinzenstr. 79, nahe Moritzplatz.

Reines Gesicht

blütenzart. Teint, weiße, glatte Haut wird in kürz. Zeit erreicht durch mein. altbew. unübertroff. Krem „Pura". Sommerspros. Mitesser, Pickel, Runzeln u. Fältchen verschwind. Rote u. großpor. Haut wird schnell beseitigt. Tube 2,00. Doppeld. 3,50. Drogenhaus H. Bocatius, N, Schönhaus. Allee 132

Sozialisierung!

Hausfrauen, schließt Euch zusammen und bestellt ab meinem Fabriklager franko gegen Nachnahme **1 Paket, enthaltend:**

6 prima Schrubber	à M. 2.90	= 17,40
6 prima Waschbürsten	à M. 1.65	= 9.90
6 prima Scheuerbürst.	à M. 1.85	= 11.10
Porto u. Verpackung		2.—
82/19* Zusammen		M. 40.40

Die Waren sind aus bester Rotwurzel hergestellt und wird vorzüglichste Scheuerfähigkeit u. größte Haltbarkeit garantiert.

Heinrich Auel, Troisdorf (Rhld.)

Möbel
jeder Art
in großer Auswahl und guter Ausführung auf
Bar oder Kredit.
Möbel-Gross
Gr. Frankfurter Str. 141,
Invalidenstr. 5, Eing. Ackerstr.

Automobil-Versteigerung.

Am 8. August 1919 und event. an den folgenden Tagen findet beim **Reichsverwertungsamt, Verkaufs-Abteilung für Automobilwesen, Königsberg-Rosenau, Aweideralle 113/115, vormittags 9 Uhr** beginnend, eine

öffentliche Versteigerung von ca. 140 Fahrzeugen

statt. Zur Versteigerung gelangen:
ca. 11 Personenwagen, 80 Last- und Lieferwagen, 26 Krankenwagen, 11 Anhänger, 2 Spezialwagen.

Verzeichnisse der Versteigerungsobjekte nebst Einzelheiten über die Versteigerung sind vom 4. August 1919 ab in der Filiale Königsberg zu haben.

Dortselbst können die Objekte am 5., 6. und 7. August, von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, gegen Hinterlegung einer Bietekaution von M. 500 in bar pro Person besichtigt werden. — Ohne Hinterlegung der Bietekaution kann das Gelände der Filiale am 5., 6. und 7. sowie am Versteigerungstage nicht besichtigt werden. Kriegsanleihe wird nur in Zahlung genommen, wenn der Käufer durch Vorlage seines Zuteilungsscheines nachweist, daß er die Kriegsanleihe selbst gezeichnet hat. Angenommen sind dieselben dann zum Nennwert.

Reichsschatzministerium.
Reichsverwertungsamt (Vaubil).
Filiale **Königsberg.** 128/17

Spezial-Behandlung
elektr. Durchleucht. Harn-Blutuntersuchung
Ostheim, Alte Schönhauser Str. 35. 9—1, 5—8 Sonnt. 9—1

Junger Mann, 24½ J. alt, drei Jahre im besetzten Gebiet (Belgien u. Nordfrankr.) tätig gewesen, mit sämtl. behördl. Schriftwechsel erfahren, gute Kenntnisse in der franz. Sprache, **sucht Stelle bei Zivil- oder Militärbehörde.** Zeugnisse vorhanden. Off. unter **C. 31** an die Exp. d. Bl. 4909

Former, Kernmacher, Zuleger, Besteller G. u. W verl. **Reichenberger Straße 160.**

Tüchtiger Anreißer

aus dem Werkzeugmaschinenbau, der gleichzeitig die Kontrolle übernimmt, sowie selbständiger

Schraubendreher

eventl. **Schraubendreherin** für Berliner Schraubenbänke sucht 49 D
Maschinenfabrik Rein, Halensee, Karlsruher Straße 8.

Klempner
gesucht
auf Wagen- und Karosseriebau. Es wird nur auf eingearbeitete Leute reflektiert. 453D*
Alexis Kellner
Berlin NW. 87
Kaiserin - Augusta-Allee 101.

Tüchtig. Meister
für Photo-Artikel
gesucht. 54/19

Offerten mit Gehaltsansprüchen, Lebenslauf und seitheriger Tätigkeit unter **F. O. K. 913** an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Bilderrahmenfabrik

verl. umf. Rahmenschreiber, der Vorarbeiterstelle zu übern. imstande ist. Angeb. mit Gehaltsanspr. u. Ang. bish. Tätigkeit unter E. E. 2362 an Rudolf Mosse, Moritzplatz. 14/18

Näherinnen

für Kleider, Röcke und Jacken sofort gesucht. *

Meldungen in unserer Personalverwaltung, III. Stock, von 10—12 Uhr vormittags oder 5—7 Uhr nachmittags.

Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21/24

Arbeiterinnen

jugendliche, bis 18 Jahren, zum Einpacken von Waren sofort gesucht.

Meldungen in unserer Personalverwaltung, III. Stock, von 11—12 Uhr vormittags oder 5—7 Uhr nachmittags.

Kaufhaus des Westens
G. m. b. H.
Berlin W 50, Tauentzienstr. 21/24.

Reiherbinderin

in oder außer dem Hause verlangt 16/2
Straußfederfabrik Lehmann, Neue Schönhauser Str. 11, I.